

# Die revolutionäre Charta zur Errichtung der Volksmacht

Eine Kopie an das  
sudanesische Volk 11. Januar  
2023



# **Die Revolutionäre Charta zur Errichtung der Volksmacht (RCEPP)**

## **KAPITEL 1**

### **(1) Präambel:**

Die Revolutionscharta zur Errichtung der Volksmacht (RCEPP) ist ein politisches Dokument zur Einleitung eines tief verankerten, ganzheitlichen politischen Prozesses mit dem Ziel, am Ende eine politische Vision der nationalen Einheit zu formulieren, die tief auf das Wesen des nationalen Staates, der Staatsführung, der Wirtschaft und der Machtübergabe eingeht.

Diese politische Vision ist basisorientiert und soll vom sudanesischen Volk in öffentlichen und offenen Diskussionen formuliert werden, die von den Widerstandskomitees, gewählten Gewerkschaften und anderen revolutionären Kräften organisiert werden, die wirklich an die Notwendigkeit eines radikalen Wandels im Einklang mit der allgemeinen Vision dieser Charta glauben.

Diese Charta ist das Ergebnis des jahrzehntelangen unerbittlichen Kampfes und Widerstands des sudanesischen Volkes, der seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1956 andauert. Im besonderen Kontext der Revolution vom Dezember 2018 ist diese Charta der Eckpfeiler für die Umsetzung revolutionärer Aktionen in eine klare und kohärente Vision und sie leitet den Prozess der Übergabe der Macht an das Volk ein, indem diese dem elitären politischen Club (sowohl dem traditionellen als auch dem modernen) entrissen wird. Dieser Club war seit jeher eine Stellvertreter-Allianz der Abhängigkeit, die nur gierige ausländische Interessen bedient hat, gegen die Interessen der großen Mehrheit des sudanesischen Volkes.

Diese Charta stellt den ersten Schritt dar zur Überwindung der chronischen Krise, die den Sudan letztlich in einen degenerierten Staat verwandelt hat, der von Bürgerkriegen, Hungersnöten und Söldnerheeren geprägt ist, einen Staat, der seiner nationalen Souveränität völlig beraubt ist. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Übergangszeit definieren wir "Souveränität" als Konsolidierung einer demokratischen Macht, die vom Volk auf allen Ebenen und in allen Machtstrukturen ausgeübt wird und die sich auf die verfassungsmäßige Legitimität stützt, die in einer Übergangsverfassung festgelegt wird, mit der die Zeit des Übergangs geregelt und gestaltet wird.

2 (= pagination of EN version)

### **(2) Die politische und konzeptionelle Vision für Probleme der Übergangszeit:**

#### **(A) Einleitung:**

Der politische Konflikt im Sudan kann nur verstanden werden im Rahmen einer eingehenden Interpretation des historischen Kontextes der sudanesischen Staatsbildung während der Kolonialepochen (türkisch-ägyptische und anglo-ägyptische Kolonialherrschaft

im Sudan). Das einzige Ziel der Kolonialherrschaft bestand in der Aneignung und Verwüstung nationaler Ressourcen, indem aus den vorher bestehenden Königreichen und lokalen Staaten, die von ethnischer, religiöser und kultureller Vielfalt geprägt waren, ein neo-soziales Gefüge unter kolonialen Bedingungen fabriziert wurde. Dieser Prozess vollzog sich durch die bewusste Demontage der sozialen Grundstrukturen, die Festlegung neuer geografischer Grenzen, verbunden mit systematischer ethnischer, kultureller und religiöser Diskriminierung zwischen diesen gesellschaftlichen Gruppen, unterstützt durch kollaborierende traditionelle und moderne Institutionen.

Der postkoloniale sudanesischer Staat ist nach wie vor durch seinen inhärent gewalttätigen Charakter gekennzeichnet, der auf Unterwerfung, Zwangsvereinigung und Usurpation sowie auf sozioökonomischer und kultureller Abhängigkeit beruht.

Dies zeigt sich deutlich in der postkolonialen Struktur des modernen sudanesischen Staates, in der Funktionsweise seiner Institutionen, im Machtmonopol, in seiner Rentenökonomie, in den ungleichen Produktionsverhältnissen sowie in der beständigen sukzessiven Weitergabe der Macht unter den monopolistischen Eliten. Diese Merkmale sind nach wie vor ein fester Bestandteil der staatlichen Strukturen.

Die Hegemonie der postkolonialen Institutionen sowohl der traditionellen wie auch der modernen Eliten, wie auch der Armee, des öffentlichen Dienstes, der tribalen Verwaltung und anderer Regierungsinstitutionen und Justizsysteme verweist auf das Fehlen eines nationalen Entwicklungsprojekts, das in der Lage wäre, die Hoffnungen des sudanesischen Volkes zu erfüllen. Die Existenz eines solchen Projekts steht den Interessen der lokalen Eliten und des ausländischen Kapitals entgegen.

Der moderne sudanesischer Staat steckt voller struktureller Hemmnisse (Ethnizität, Religion, Kultur und Geschlecht), die aus der Kolonialzeit übernommen wurden. Insgesamt führten sie zu anhaltenden Konflikten um Land und Ressourcen. Vor allem beruhen diese auf der Nichtanerkennung der Vielfalt der Bevölkerung und der Missachtung der inneren Logik, die die natürliche Entwicklung der Bevölkerung prägt. Die einseitige Auferlegung einer Identität und die Islamisierung des Staatsapparats wurden zwangsweise durchgesetzt. All dies führte zum völligen Fehlen eines gemeinsamen Bewusstseins und zur Kumulation historischer Missstände, die zu Bürgerkriegen, Vertreibung und Einwanderung führten. Aufgrund der kolonialen Festlegung politisch-geografischer Grenzen wurden große ethnische Gemeinschaften zersplittert und über mehrere afrikanische Länder verstreut. Auch die Gewalt zwischen den Ethnien eskalierte und

3

wurde durch Umweltzerstörung, Dürreperioden und zyklische Hungersnöte weiter angeheizt, wobei auf jede Hungersnot ein massiver Zyklus der Gewalt folgte.

Der Staatsstreich vom 30. Juni 1989 brachte alle wesentlichen Erscheinungsformen des krisengeschüttelten postkolonialen Staates auf den Punkt. Mit dem Aufkommen des islamistischen Regimes hat das sudanesischer Volk keine andere Wahl, als seinen Kampf fortzusetzen, um seinen Staat ein für alle Mal von den Fesseln der postkolonialen Ära zu

befreien und nach weiteren Horizonten der Freiheit und des Aufbaus eines zivilen demokratischen Nationalstaats zu streben.

Die Fortsetzung dieser Bemühungen und der unermüdete Kampf ermöglichten die glorreiche Dezemberrevolution (2018), die ein neues Kapitel im langen heroischen Kampf unseres Volkes gegen alle totalitären Regime darstellt. Diese Revolution ist ein episches Ereignis und hat dazu beigetragen, dass wir – bei allen Stärken und Unzulänglichkeiten - an der Schwelle zu einer neuen Ära stehen, in der die grundlegenden Aufgaben für den Aufbau der Nation noch nicht erfüllt sind. Und es fehlt ein Konsens über ein Projekt für den Aufbau der Nation und die Regierungsführung. Ebenso fehlt eine Vision für eine ausgewogene Entwicklung, die eine gerechte Verteilung von Reichtum und Macht gewährleistet. Dies führt immer wieder zum Scheitern der demokratischen Transformationen, immer und immer wieder. Auch der falsche Umgang mit aufgeschobenen Fragen der Gerechtigkeit mündet immer wieder in offizieller staatlicher Gewalt - in allen politischen Regimen, die das Land regieren haben. Immer wieder überschatteten Verfolgung, Gewalt und Blutvergießen die politische Szene. Das Fehlen einer wirklichen Gerechtigkeit bleibt auch das Haupthindernis für alle Bemühungen um einen demokratischen Wandel.

Unsere Zeit jetzt ist keine Ausnahme, da die Kräfte der Konterrevolution ihren Militärputsch gegen die Dezemberrevolution inszeniert haben, um eine Wiedererrichtung totalitärer Regime festzuschreiben und den Weg für die Bildung eines Rechtsstaates und die Schaffung lebensfähiger und glaubwürdiger Institutionen zu verhindern, die in der Lage wären, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Staat an sich und dem herrschenden Regime, und die als Keimzelle staatlicher und sozialer Stabilität dienen könnten.

Deshalb sind wir der festen Überzeugung, dass als Voraussetzung für Frieden und Stabilität sowie für die vollständige Wiederherstellung unserer nationalen Souveränität ein ganzheitliches nationales Projekt erforderlich ist, das auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet ist und die Säulen des Gesellschaftsvertrags auf der Grundlage von Staatsbürgerschaft und gleichen Rechten neu formuliert. Wir brauchen ein Projekt, das die Ursachen des Dilemmas von Krieg und Frieden an der Wurzel packt und sich ausschließlich auf die gemeinsamen Interessen des sudanesischen Volkes stützt und diesen den höchsten Vorrang vor allen anderen Interessen einräumt.

Die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und der Macht des Volkes bleibt unser Hauptkampf gegen diese Diktatur, denn die Dezemberrevolution 2018 richtete sich nicht ausschließlich gegen das untergegangene Regime oder seinen loyalen Sicherheitsrat,

4

sondern es ging stets auch darum, ein nationales Projekt einer Transformation auf den Weg zu bringen, das in der Lage ist, das gesamte sudanesische Volk auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft und der Gleichberechtigung fest zu vereinen, ein Projekt, das es ihm ermöglicht, seine Entscheidung sowie seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit in einem demokratischen Zivilstaat wiederherzustellen.

Wir werden unmissverständlich alles dafür geben, dass all diese Militärputsche, die seit

unserer Unabhängigkeit im Jahr 1956 den größten Teil der politischen Szene geprägt haben, endgültig zu Ende sind. Wir sind entschlossen, diesen Kampf unverzüglich aufzunehmen und den Weg zur Errichtung eines echten nationalen demokratischen Staates zu beschreiten, der frei ist von jeglicher Partnerschaft mit konterrevolutionären Kräften im Sudan. Dabei stehen wir fest zu unseren bewährten Parolen: keine Verhandlungen über die Forderung nach dem völligen Ausschluss des Militärs von der politischen Bühne; keine Legitimierung totalitärer Regime und keine Kompromisse beim Recht unseres Volkes auf ein menschenwürdiges und würdiges Leben. Wir rufen alle sudanesischen Menschen auf, Männer und Frauen, zusammen mit den aktiven revolutionären und politischen Kräften in allen sudanesischen Städten und Dörfern, im Osten und Westen, im Norden und Süden, ihre Kräfte zu bündeln, vorwärts zu gehen und ihre Stärken und ihr gewaltiges Potenzial zu mobilisieren, um diese Alternativen zu unterstützen. Der anhaltende Druck des Volkes mit allen politischen Mitteln und über die Medien ist auch von entscheidender Bedeutung für die Mobilisierung einer Massenbewegung, um deren Einfallsreichtum und deren bewährte, innovative und friedliche Taktiken für den Aufbau eines modernen zivilen Staates zu nutzen.

### **(b) Der allgemeine Kontext:**

Wir verstehen die große Dezemberrevolution (2018) als eine Revolution gegen militärischen und zivilen Totalitarismus, gegen Militärputsche und alle Formen kolonialer Unterwerfung. Wir sehen die Revolution als ein kumulatives Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes des sudanesischen Volkes seit der Gründung unseres modernen Nationalstaates.

Daher geht es bei der politischen Perspektive der Dezemberrevolution um eine radikale Umgestaltung des Staates selbst, von einem zentralisierten, elitären Staat zu einem entwicklungsorientierten, zivilen und demokratischen Volksstaat. Dies beantwortet die Frage, warum die Dezemberrevolution auf so viele Gegner stößt, denn sie bedroht die Interessen zahlreicher Parteien.

Die langjährigen Erfahrungen unter totalitären Regimes waren zweifellos eine Quelle unsagbaren Leids für die meisten Menschen im Sudan. Sie war jedoch auch eine Quelle für ein wachsendes und erneuertes politisches Bewusstsein. Infolgedessen wurde in der Dezemberrevolution das Wesen des Staates und der Macht sowie die Bedeutung der Legitimität erfolgreich neu definiert, ausgehend vom Volk und seinem kollektiven Willen und nicht von der Zwangsgewalt der Waffen und der Unterwerfung unter Abhängigkeitsverhältnisse.

Die Dezemberrevolution hat auch die Legitimität der Zivilgesellschaft erfolgreich neu definiert. Vor der Revolution bestand ein Monopol einer sozio-politischen Elite

5

auf die Privilegien der politischen Repräsentation. Diese Elite hat von ihrer sozio-ökonomischen Vormachtstellung profitiert, wie auch von ihrem Zugang zu ausländischen Finanzmitteln und zu internationalen Organisationen.

Nach der Dezemberrevolution haben die Volksversammlungen das Privilegien der Selbstvertretung für sich reklamiert, so dass es für diese Gruppen nicht mehr akzeptabel ist,

in den politischen Prozessen und Entscheidungen von Personen vertreten zu werden, die keine Anhänger in der Basis der Bevölkerung haben.

### **(c) Die aktuelle politische Situation:**

Nach 30 Jahren des militärischen Totalitarismus hat die Revolution im April 2019 den Führer dieses Regimes durch friedlichen Widerstand zu Fall gebracht. Sie wurde jedoch daran gehindert, ihr Ziel zu erreichen, weil sie sich einer falschen Logik unterwarf, die den Einsatz von Waffen legitimiert und die Beteiligung des Sicherheitskomitees an der Übergangsregierung mit Gewalt erzwingt (trotz dessen bekannten Loyalität gegenüber dem untergegangenen Regime).

Die Massenbewegung selbst war ihrerseits nicht gut organisiert und sie hatte keine politischen Vision, die es den revolutionären Kräften ermöglicht hätte, die traditionelle politische Elite zu verdrängen, die seit der Unabhängigkeit weiterhin fest im Sattel der Macht saß. Diese Elite verbündete die sich mit der Revolution und schwor sich zugleich gegen diese, indem sie die Formel der Machtteilung mit dem Sicherheitskomitee (SC) unterschrieben hat. Diese Formel wurde durch den Militärputsch, der am 25. Oktober 2021 von eben diesem SC inszeniert wurde, schnell beendet. Die so genannte "Partnerschaftsperiode" war von großer Unsicherheit, sich verschlechternden Lebensbedingungen und wirtschaftlichem Niedergang geprägt.

Erst nach dem Putsch wurde der Widerstandsbewegung klar, dass die "Partnerschaft" vor allem dem Zweck gedient hatte, die Revolution selbst vollständig abzuwürgen. Diese neue Erkenntnis veranlasste die Widerstandsbewegung zu einem umfassenden internen Revisions- und Neukalibrierungsprozess, wobei es um eine Verbesserung und Umstrukturierung der organisatorischen und der politischen Vision ging.

Gegenwärtig ist der Sudan nach wie vor ein Staat ohne Regierung, ein zerrüttetes Land, das durch einen beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang, eine Spirale der Gewalt, Stammesfehden und die fortgesetzte Plünderung der nationalen Ressourcen gekennzeichnet ist, wie auch durch die Untergrabung der Souveränität durch verschiedene geheimdienstliche ausländische Akteure im Dienste von deren Interessen und Zielen. Als die Widerstandskomitees erkannten, dass diese Situation nicht länger hingenommen werden konnte, wechselten sie ihre Rolle und Position und wurden vom passiven politischen Beobachter zum wichtigsten aktiven politischen Akteur.

6

Mit dieser Charta nehmen wir den Dialog auf, um einen Konsens über eine einheitliche politische Vision der nationalen Einheit und eine demokratische Struktur zu erzielen, die bewirken soll, die Macht des Volkes von den Putschisten des Sicherheitskomitees und den politischen Eliten zurückzuerobern.

Daher soll diese Charta eine direkte Antwort finden auf die Frage: "Wer ist dann die alternative Führung?" Sie bietet eine politische Vision für die relevanten Fragen des Übergangs und auch für eine Führungsstruktur für die Übergangszeit.

Im Rahmen der internen Revision des laufenden revolutionären Prozesses haben die Widerstandskomitees (RCs) beschlossen, sich nicht am Legitimationsprozess des Militärputsches zu beteiligen. Sie lehnen jede Form der Partnerschaft mit den Militärs ab. Zu diesem Zweck wurde die Parole ausgegeben: "Wir sind dazu bestimmt, die Generation zu sein, die den Preis zahlt, um allen Militärputschen ein Ende zu setzen; ein dringender Kampf, den wir nicht aufschieben können". Die RCs haben sich so entschieden, weil sie überzeugt sind, dass jede Verzögerung der Konfrontation mit der Junta des Militärputsches nur die Kosten für die Verwirklichung der demokratischen Transformation erhöhen würde.

Aus diesem Grund vertraten die RCs die Dreimal-Nein-Position:  
Keine Verhandlung, keine Partnerschaft, keine Legitimität.

Dies ist eine Position, die auf den Erfahrungen der RCs mit der Militärjunta aus erster Hand beruht und nicht auf bloßen Vermutungen. Insbesondere hat die Erfahrung mit der Partnerschaft, die aus der Verfassungserklärung (der Kräfte der Freiheit und des Wandels) hervorging, eine konkrete Grundlage für die Prüfung der Rationalität und politischen Korrektheit der Partnerschaft mit dem SC geliefert, das für die Inszenierung des Militärputsches gegen die Partnerschaft zur Machtteilung verantwortlich war. Vom revolutionären Prisma und der Logik her wäre eine solche Partnerschaft zweifellos ein reines "Nullsummenspiel", da sie uns nur wieder auf den Ausgangspunkt zurücksetzen würde. De facto würde eine Militärherrschaft errichtet werden, gegen die wir ursprünglich protestiert haben.

Auf dem afrikanischen Kontinent gehört der Sudan zu den Ländern, die am meisten unter Militärputschen (17 Putsche und Putschversuche) sowie unter langen Perioden von militärischem Totalitarismus, Bürgerkriegen und der Ausbeutung von Ressourcen zu leiden hatten. Dieses sozio-politische Phänomen hat seine tiefen Wurzeln in der Entstehungsgeschichte des modernen sudanesischen Staates. Für ein umfassendes Verständnis der politischen Krise im Sudan ist es daher notwendig, sowohl frühere Erfahrungen als auch die Erzählungen der modernen Geschichte neu zu lesen, um zu vermeiden, dass dieselben schlimmen Fehler begangen werden.

#### **(d) Der Ursprung der Gewalt im modernen sudanesischen Nationalstaat:**

Der moderne sudanesische Nationalstaat ist von vornherein eine gewalttätige koloniale Machtstruktur, die auf Unterwerfung, Zwangsassimilation und rassistischer Politik beruht. In der kolonialen Realität wird die Grausamkeit dieses modernen Staates noch verschärft, da

7

er mit Waffengewalt erzwungen wurde, um die Ressourcen der kolonisierten Gemeinschaften zu plündern und diese gleichzeitig zu zwingen, sich in die globale Ordnung zu integrieren. Diese Kolonialmächte lehnen noch heute die inhärente Logik der lokalen Geschichte ab und stehen den lokalen Prozessen der historischen Kontinuität gleichgültig gegenüber.

Aus diesem Grund neigen die Kolonialmächte dazu, indigene Gemeinschaftsstrukturen

umzugestalten und ethnische Gruppen, die sich über verschiedene Klimaregionen hinweg erstrecken, zu fragmentieren. Aus diesem Grund wurden große ethnische Gemeinschaften durch die geografischen Grenzziehung der Kolonialbehörden zersplittert und über mehrere afrikanische Länder verstreut. Auch die Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen eskalierte aufgrund dieser Politik der Umgestaltung der Bevölkerung und ihrer Ressourcen, insbesondere des Landbesitzes. Dies führte zum Ausbruch von Bürgerkriegen im benachbarten Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, dem Kongo, Dschibuti, Somalia, Äthiopien, Kamerun, Ruanda und anderen afrikanischen Kolonien. Aufgrund der langen Geschichte der Stammeskriege hat sich die Gewalt selbst zu einer wirtschaftlichen Einnahmequelle, ja für verschiedene Gruppen sogar zu einer Haupteinnahmequelle entwickelt.

Derweil profitierten sowohl moderne als auch traditionelle koloniale Eliten von dieser Saat der Zwietracht und investierten, um ausgedehnte interne Konflikte zu entfachen und sich natürliche Ressourcen, insbesondere Gold, seltene Metalle, Öl, Gummi Arabicum und Vieh, anzueignen und zu kontrollieren. Diese internen Konflikte ermöglichten es denselben Eliten auch, zusätzliche Einnahmen aus dem illegalen Waffenhandel, dem Schmuggel von Allradfahrzeugen sowie der Plünderung von Ernten und Viehbeständen der Armen zu erzielen. Die Kriegsherren haben sich mittels der Gewalt und des Söldnerwesens in die Weltwirtschaft eingeklinkt, wobei ganze staatliche Armeen in ländlichen Gebieten verankert wurde und die bösartige Verknüpfung von Stammesidentität und Lebensunterhalt, einschließlich der Anwendung von Gewalt, hergestellt wurde.

Paradoxerweise blieben die ländlichen Gebiete während der verschiedenen Regime seit der Unabhängigkeit ständig rückständig, marginalisiert und unterentwickelt, trotz ihres enormen Beitrags zur landwirtschaftlichen Produktion und ihrer massiven Versorgung des gesamten Landes mit Nahrungsmitteln und Vieh. Diese unterentwickelten ländlichen Gebiete sind infolgedessen nach wie vor ein offener Schauplatz von Gewalt in großem Maßstab, von Völkermord, internen Unruhen und Hungersnöten. Die derzeitige Situation der ländlichen Gebiete ist das Ergebnis der Fortführung dieser kolonialen Politik, die den Sudan rechtlich und verwaltungstechnisch in zwei Hälften geteilt hat: eine städtische Hälfte, die durch Gesetz und offizielle Regierungspolitik regiert wird und in der der Staat mit der Bereitstellung von

8

einige Dienstleistungen, Wirtschaftsprojekten, Polizeiarbeit und Justizeinrichtungen wie Gerichten präsent ist. Die andere Hälfte sind die dem Untergang geweihten ländlichen Gebiete, in denen Gewohnheitsrecht und **tribale** Institutionen herrschen und in denen es an grundlegenden Dienstleistungen wie formalen Schulen und Krankenhäusern, an Rechtsstaatlichkeit und an offiziellen Einrichtungen zur Durchsetzung von Recht und Sicherheit fehlt.

Diese rechtliche, verwaltungstechnische und sicherheitstechnische Trennung hat den Weg für die systematische Degradierung der ländlichen Gebiete geebnet, denen die Grundrechte vorenthalten werden. Außerdem wurde die sozioökonomische Entwicklung in den ländlichen Gebieten gegenüber den städtischen Zentren schlechter gestellt. Infolgedessen



lag die Ernährungssicherheit der Bürger in den ländlichen Gebieten in ihrer alleinigen und direkten Verantwortung, nicht aber in der des Staates.

Angetrieben von zahlreichen Faktoren der Umweltzerstörung und der fortschreitenden Wüstenbildung wurden Konflikte um Ängste und schwindende Ressourcen zu einer alltäglichen Realität. Konflikte brachen aus, zunehmend wurden Waffen eingesetzt, die tribale Verwaltung und kleinere Konflikte wurden politisiert, wodurch die ländlichen Regionen in einen verstärkten Gewaltkreislauf hineingetrieben wurden. Die Gewalt selbst wurde durch die Militarisierung sowohl der ländlichen Produktion als auch der ländlichen Arbeitskräfte zur Haupteinnahmequelle. All dies geschah zum auf dem Rücken der Frauen auf dem Land, die die Hauptlast dieser sich verschlechternden wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitstechnischen Bedingungen zu tragen hatten. In ihrer Notlage zahlen sie nach wie vor den höchsten Preis. Derzeit droht im Sudan eine neue verheerende Hungersnot. Wie die Geschichte lehrt, folgt auf jede neue Hungersnot eine längere Welle bewaffneter Konflikte.

Ein Fortbestehen dieser Situation stellt daher eine echte Bedrohung für die Stabilität des Sudan dar und erhöht das Risiko eines völligen Zusammenbruchs des Staates selbst. Deshalb müssen wir - als revolutionäre Kräfte - den Prozess der Entkolonialisierung beschleunigen, d.h. die kolonialen Beziehungen und Arrangements, die zwischen den städtischen Zentren und dem Land aufgebaut wurden, auflösen. Dies würde die Präsenz der Staatsmacht in den ländlichen Gebieten mit einer bevorzugten Entwicklungspolitik, der Bereitstellung von Bildungs-, Gesundheits- und kommunalen Sicherheitsdiensten erfordern, die in der Lage sind, diese Gebiete als führende Kraft der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung und als nachhaltiges Reservoir an natürlichen Ressourcen und Arbeitskräften wieder auf den Weg zu bringen.

#### **(e) Die sudanesische Armee:**

Die sudanesische Armee gehört zu den Institutionen, die während der beiden Kolonialperioden gegründet wurden. Früher war sie als "Sudan Defense Force" bekannt und hatte nur die Aufgabe, den kolonialen Interessen zu dienen. Als integraler Bestandteil der sudanesischen Staatskrise muss sie umstrukturiert werden. Die sudanesische Armee wurde seit der Unabhängigkeit des Landes Mitte der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts nie auf nationaler Ebene umstrukturiert. Stattdessen nutzt sie weiterhin die gleichen kolonialen Strukturen und

9

die gleiche Militärdoktrin, um Gewalt gegen die sudanesische Zivilbevölkerung auszuüben, anstatt die bekannten Standardaufgaben aller Armeen auf der ganzen Welt zu erfüllen: Verteidigung der Grenzen, Schutz der Verfassung und Verteidigung der nationalen Souveränität. Um ihre "Teile-und-herrsche"-Politik aufrechtzuerhalten, hatte die Kolonialherrschaft das Armeepersonal absichtlich auf der Grundlage rassischer und religiöser Orientierungen und Überzeugungen rekrutiert. Die Armee wurde also mit dem Ziel aufgebaut und entwickelt, sie rassistisch und regional geteilt zu halten.

Ein entscheidender Faktor für die Kolonialherren war die Ausweitung der staatlichen Macht und die Aufrechterhaltung eines "kolonialen Friedens", um eine kontinuierliche Ausbeutung

der Ressourcen im Sudan zu gewährleisten. Diese Politik hatte in der postkolonialen Ära gefährliche Auswirkungen und führte dazu, dass die militärische Macht und ihre Loyalität gegenüber den bestehenden postkolonialen Regimen unverändert bestehen blieb. Die Armee ist durch ihre Rolle bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit eng mit dem politischen Establishment und den politischen Prozessen verbunden. Dies zeigt sich insbesondere bei der Rekrutierung von Armeeeoffizieren (aus bestimmten sozialen Schichten und bestimmten ethnischen und religiösen Gruppen).

So gehört die Armee nach wie vor zu den Einrichtungen, die dem Kolonialregime, das den Sudan beherrschte, loyal und treu geblieben sind. Es ist daher kein Zufall, dass die Armee seit ihrem ersten Militärputsch im November 1958 (nur zwei Jahre nach der Unabhängigkeit) sowohl Macht als auch Reichtum an sich gerissen und kontrolliert hat, um den Interessen der kolonialen und lokalen Eliten zu dienen. Diese Macht und Kontrolle der Ressourcen war der Hauptgrund für die Entwicklung der sudanesischen Armee zu einer Institution, die eine enorme und allumfassende soziale und politische Macht genießt.

In Anbetracht der früheren Verfehlungen der sudanesischen Armee und ihrer aktuellen Korruption (seit dem Militärputsch von 1989), die sich deutlich in ihrem Monopol in der Rüstungsindustrie, einem breiten Spektrum an strategischen Handelsgeschäften und ihrer Beteiligung an illegalen Goldexporten zeigt, kommen wir zu Recht zu dem Schluss, dass die Armee nichts anderes ist als eine Institution, die speziell zu dem einzigen Zweck geschaffen wurde, als Herrschaftsinstrument für die frühere und heutige Kolonialherrschaft zu dienen. Sie kontrolliert und reproduziert weiterhin die Werkzeuge der Gewalt und der Hegemonie über das sudaneseische Volk sowie die Ausbeutung der staatlichen Ressourcen, anstatt als institutionelle Macht zu agieren, die dazu bestimmt ist, das Volk und die natürlichen Ressourcen des Landes zu verteidigen. Daher ist ein umfassender revolutionärer Wandel unerlässlich für eine tiefgreifende nationale Umstrukturierung der Armee und ihrer Militärdoktrin. Rein kosmetische Reformen haben sich nicht nur als unzureichend, sondern auch als destabilisierend erwiesen.

Ausgehend von dieser Entstehungsgeschichte des sudanesischen Militärs verkörpert der Slogan "Keine Partnerschaft" ein tiefes Verständnis des Armeeproblems. Jede Verzögerung der Auseinandersetzung mit der

10

Militärjunta würde das Problem der staatlichen Gewalt nur verschärfen und verlängern. In diesem Zusammenhang gibt es die praktische Erfahrung mit der Partnerschaft mit der Armee bzw. der Teilung der Macht, wie die Verfassungserklärung vom August 2019 sie vorsah: diese Partnerschaft ermöglichte die Umwandlung der Miliz der Rapid Support Forces in eine sozioökonomische Institution mit fortschrittlichen technischen, militärischen und logistischen Fähigkeiten. Sie ermöglichte auch die Plünderung der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes durch die Armee.

Diese Partnerschaft führte dazu, dass die Revolution neue Feinde bekam, da sich einige ehemalige bewaffnete Oppositionskräfte dem Bündnis der konterrevolutionären Kräfte anschlossen. Zudem ebnete sie den Weg für eine weitere Stärkung der Gewaltmaschinerie der Sicherheitskräfte, indem sie dem Nationalen Sicherheitsdienst (NSC) Immunität

gewährte und seine brutale Gewalt gegen friedliche Demonstranten entfesselte. All dies wurde ergänzt durch die Eingliederung von Kadern der so genannten "Popular Defense and Operations Agency" und der "Schattenbataillone" in die Struktur der Schnellen Eingreiftruppen oder durch eine anderweitige Zusammenarbeit mit diesen unter Erhalt ihrer früheren Formationen.

Außerdem hat die praktische Erfahrung gezeigt, dass alle isolierten/ nicht partizipativen Friedensabkommen zum völligen Scheitern verurteilt waren, nicht nur, weil diese Abkommen die anhaltenden Konflikte nicht beenden konnten, sondern weil sie zu einer Eskalation der Gewalt führten und neue Regionen in ihren Abgrund zogen, wie die jüngsten Gewaltausbrüche in Port Sudan, Kassala, West-Darfur, West-, Nord- und Süd-Kordofan sowie am Blauen Nil und in anderen Gebieten im Bergbaugürtel. In all diesen Fällen wird der grundlegende Zusammenhang zwischen Gewalt und dem Kampf um Ressourcen deutlich.

#### **(f) Das System der tribalen Verwaltung:**

Dieses System ist ebenfalls eine Überbleibsel der Instrumente des Kolonialregimes zur dezentralen Kontrolle, mit denen die lokale Bevölkerung entlang ethnischer Linien aufgeteilt und indirekt von lokalen Führern regiert wurde. Diese Regierung basiert auf einem Rechts- und Verwaltungssystem, das sich von dem der städtischen Zentren unterscheidet, insbesondere in Hinsicht auf die Organisation von Land- und Produktionsbeziehungen. Um die Bestrebungen und Befreiungstendenzen der gebildeten städtischen Elite einzudämmen, die sich in der Revolution der Weißen Brigade (1924) deutlich manifestierten, beschloss die Kolonialverwaltung, neue Allianzen in den ländlichen Regionen aufzubauen, um das Regierungssystem durch die tribale Verwaltung in ein indirektes zu verwandeln. Dies ermöglichte es den lokalen Führern, mit minimalen Kosten die volle Kontrolle über die lokalen Gemeinschaften in ihren Wohngebieten zu übernehmen und gleichzeitig eine strikte Bindung zwischen der ethnischen Identität des Einzelnen und dem Zugang zu grundlegenden Ressourcen herzustellen.

11

Die tribale Verwaltung, die den lokalen Gemeinschaften auf dem Lande aufgezwungen wurde, war durch zwei Aspekte gekennzeichnet.

Erstens: Sie offenbarte die patriarchalische Struktur des kolonialen Bewusstseins, die sich in der Auswahl lokaler Führer manifestierte, manchmal aus den Reihen der Stammesführer unter Ausnutzung bereits bestehender Clan-, ethnischer und lokaler Gewaltmechanismen. In Fällen, in denen lokale traditionelle Führer nicht zur Verfügung standen, wurden neue Führungsfiguren speziell für die Interessen der kolonialen Ausbeutung der sudanesischen Naturressourcen herangezogen.

Zweitens: Die Aufteilung der lokalen Bevölkerung nach ethnischen Gesichtspunkten war eine bewusste Strategie des Kolonialregimes, die dann von der tribalen Verwaltung umgesetzt und organisiert wurde. Dieses System diente dem kolonialen Regime im Hinblick auf die Verteilung von Reichtum, Rechten und wirtschaftlichen Privilegien im Interesse der kolonialen Verwaltung am besten. Im Gegenzug häufte die soziale Schicht der tribalen

Führer ebenfalls Reichtum und Privilegien an, da sie eine systemische Kontrolle über die Ressourcen aufrechterhielt, die nicht nur auf ethnischen Trennungen, sondern auch auf binären Trennungen zwischen den ländlichen Gebieten und dem städtischen Zentrum innerhalb des Nationalstaates beruhte.

Diese internen Spaltungen untergruben die Fähigkeit der Sudanesen, zu einer nationalen Einheit zu finden, die nötig gewesen wäre, um ihre Kräfte zu bündeln, sich zu organisieren und kollektiv Widerstand gegen die Kolonialherrschaft aufzubieten. Die gleichen Spaltungen schwächten auch ihre Fähigkeit, ihren Kampf gegen die nachfolgenden totalitären Regime in der postkolonialen Ära zu organisieren.

Unsere Vision vom System der lokalen Verwaltung ist, dass die ländlichen Regionen die volle Verantwortung für ihre Entscheidungsprozesse und lokalen Ressourcen erhalten. Im Allgemeinen stellen wir fest, dass die ländlichen Gemeinden, ihre sozialen Formationen und ihre politischen und wirtschaftlichen Institutionen im allgemeinen städtischen revolutionären Diskurs nicht vorkommen, abgesehen von wenigen und oberflächlichen Ausnahmen.

Daher ist das dynamische Engagement der ländlichen sozialen Gruppen in der revolutionären Bewegung von entscheidender Bedeutung für die Kontinuität und den Erfolg der Revolution selbst. Die städtischen Zentren können nicht entwickelt werden, ohne die ländlichen Gebiete zu berücksichtigen. Dieses komplexe Problem kann nicht von anderen im Namen der ländlichen Gebiete gelöst werden, sondern diese sollten ein untrennbarer Bestandteil des Diskurses der Dezemberrevolution sein, und zwar durch Eigenverantwortung, gekoppelt mit ihrer aktiven Präsenz und Beteiligung an der Festlegung ihres Kurses und der Formulierung ihres revolutionären Diskurses. Dies ist eine Revolution aller Sudanesen, Männer und Frauen, mit all ihren sozialen Komponenten und ihrem kulturellen Hintergrund.

Wir beobachten, dass sich verschiedene ländliche Gesellschaftsschichten in die revolutionäre Bewegung einbringen. Es ist wichtig, ihre Ausweitung im Rahmen der Übergangsregierung zu unterstützen. Ebenso wichtig ist es, die Frage

12

nach der Rolle der tribalen Verwaltung im Demokratisierungsprozess, den die Widerstandskräfte festigen wollen, angemessen zu behandeln. Die Auseinandersetzung zwischen modernen revolutionären Institutionen wie den Widerstandskomitees und den traditionellen Institutionen, wie der tribalen Verwaltung, ist in den gegenwärtigen Debatten um Macht, Interessen und politische Repräsentation selbstverständlich.

In dieser Hinsicht hat die intensive und umfassende Erfahrung gezeigt, dass die tribale Verwaltung kein ideologisches System ist. Dennoch neigt sie von ihrer Natur her dazu, sich mit allen herrschenden Regimen zu verbünden, von denen sie abhängig ist. Die herrschenden Regime wiederum versprechen sich politische Gewinne, wenn sie sich mit denjenigen Eliten der tribalen Verwaltung verbünden, die große Bevölkerungsgruppen vertreten und bereit sind, als Vertreter dieser Regime aufzutreten. Diese wechselseitige und

binäre Beziehung zwischen der politischen Macht einerseits und den Eliten der tribalen Verwaltung andererseits wird durch korrupte Beziehungen geregelt. Die grundlegenden Dienstleistungen für die lokalen Gemeinschaften, wie z. B. das Bohren von Brunnen, der Bau von Straßen oder von Schulen, werden als Bestechung gehandhabt, um politische Loyalität zu erkaufen, und nicht als eigentliche Rechte der Bürger:innen dieser Gemeinden.

Unsere Auffassung von der tribalen Verwaltung lässt sich daher wie folgt zusammenfassen:

Der erste Schritt zur Etablierung einer Übergangsregierung besteht darin, mit den verschiedenen sozialen Gruppierungen in den ländlichen Gemeinden ein gegenseitiges Einvernehmen zu erzielen, das auf dem Interesse der letzteren an einem demokratischen Wandel, an der Übernahme der vollen Eigenverantwortung für ihre politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sowie an einem gerechten Anteil an ihren eigenen lokal produzierten Ressourcen beruht.

Außerdem würden die "Lokalisierung" und die Stärkung einer lokalen Herrschaftskultur eine direkte Beziehung zwischen den Bürger:innen und den Regierungsorganen in einer Weise fördern, die zu einem allmählichen Durchbruch bei den Problemen im Zusammenhang mit der politischen Vertretung der Gruppierungen der ländlichen Gemeinden führt. Da die Nichtpräsenz des Staates auf dem Lande der Hauptgrund für die Aufrechterhaltung der hegemonialen Kontrolle der städtischen Eliten ist, liegt in diesem Prozess der Schaffung neuer Beziehungen zwischen den Bürger:innen und dem Staat die entscheidende Bedeutung bei den lokalen Räten. Diese Beziehungen, müssen in der Lage sein, traditionelle Institutionen wie den Stamm und die tribale Verwaltung zu übertreffen.

Die demokratische Transformation ist der einzige Weg zu Stabilität, Frieden und sozioökonomischem Fortschritt, denn das totalitäre Staatsmodell hat immer wieder bewiesen, dass es für die ländlichen Gemeinschaften keine anderen Alternativen bereithält als Hungersnöte, Gewalt und einen langsamen Tod.

13

### **(g) Traditionelle und moderne politische Eliten:**

Die Hegemonie durch die koloniale Politik des Teilens und Herrschens manifestierte sich auch in der Politisierung der Religion. Die Furcht vor religiösen Sufi-Orden und vor der Rückkehr der Mahdisten veranlassten die britische Kolonialbehörde, die Feindschaft zwischen den rivalisierenden religiösen Gruppen, insbesondere den Ansar und den Khatmiyah, zu schüren. Zugehörigkeit zu den konfessionellen Kräften wurde zur Hauptbedingung für die Zulassung der großen politischen Parteien. Selbst die sudanesischen Nationalbewegung, vertreten durch den Absolventenkongress, unterlag dem politischen und sektiererischen Einfluss. Da es dieser Bewegung nicht gelungen war, über die ethnisch-religiösen Zugehörigkeiten hinausgehende soziale Inkubatoren zu schaffen, nahm sie Zuflucht zu den sozialen Inkubatoren der beiden großen Parteien. So wurde die Politik des "Zentrums" durch die sozialen Beziehungen, die sich während der Kolonialzeit entwickelt hatten, weiter gestärkt.

Die sudanesischen politische Elite, die die britischen Kolonialbehörden ablöste, versäumte es,

die koloniale Wirtschaftsinfrastruktur drastisch zu verändern. Im Gegenteil, die traditionellen politischen Parteien übernahmen diese Kolonialpolitik, um ihre Macht zu festigen, und schlossen sich mit der Armee zusammen, um die Macht zu übernehmen und ihren Einfluss zu stärken. Die politischen Eliten griffen auf diese Praxis zurück, weil es in ihrem ureigensten Interesse lag, die vorherrschende sozioökonomische Ordnung aufrechtzuerhalten. Obwohl also die politische Macht auf die einheimische Elite überging, blieben die Produktionsweisen, die Verwaltung der Ressourcen und die Machtausübung unverändert. Die Ausbeutung der Ressourcen wurde unter den neokolonialen Mächten in verschiedener Form fortgesetzt. Dies zeigt sich daran, dass Frankreich der größte Exporteur von Gummi Arabicum ist, obwohl der Sudan der weltweit größte Produzent ist und Gummi Arabicum ausschließlich im westlichen Afrika gewonnen wird.

Im Einklang mit der Aufrechterhaltung der kolonialen sozioökonomischen Ordnung wurde die Politik des IWF und der Weltbank seit den 1970er Jahren fortgesetzt. Die starke Abhängigkeit von ausländischen Krediten vertiefte die Ungleichheit zwischen Klassen- und Ethnien was zu Fehden, Bürgerkrieg und Armut führte.

Die engen Verbindungen zwischen den Eliteparteien und der Armee einerseits und den kolonialen Märkten andererseits erklären, warum die Mehrheit der heutigen Eliteparteien und der Streitkräfte immer noch für eine Partnerschaft mit der Armee und eine fortgesetzte Abhängigkeit von ausländischen Krediten eintritt.

#### **(h) Nationale Souveränität:**

Ein stabiler Sudan liegt im Interesse des Weltfriedens. Das Problem ist jedoch, dass die regionale und internationale Gemeinschaft meint, diese Stabilität nur unter einem repressiven Militärregime erreichen zu können, das den internationalen Agenden hilflos ausgeliefert ist, zum

14

Nachteil der Interessen des sudanesischen Volkes. Die dreißig Jahre des untergegangenen Regimes und die darauf folgenden drei Jahre unter dem so genannten Sicherheitskomitee haben jedoch gezeigt, dass Totalitarismus die größte Bedrohung für den regionalen und internationalen Frieden darstellt. Das untergegangene Regime mischte sich in die inneren Angelegenheiten von Nachbarländern ein, gewährte dem internationalen Terrorismus Unterschlupf, inszenierte ein Attentat auf den Staatschef eines Nachbarlandes, betrieb Menschenhandel, verletzte die Rechte von Flüchtlingen und alle internationalen Friedenschartas und beging schwere Verbrechen, darunter Völkermord und Kriegsverbrechen. All diese Gräueltaten sind ein deutlicher Beweis dafür, dass die Verknüpfung von Stabilität und Totalitarismus eine kurzsichtige Vision ist.

Was die Außenbeziehungen betrifft, so bekräftigen wir, dass wir die Souveränität aller Nationen respektieren und uns verpflichten, die gegenseitigen Interessen zu wahren und alle internationalen Normen und Chartas zu beachten, die der Erhaltung des Weltfriedens dienen. Wir bekräftigen ferner, dass unsere Beziehungen zu allen ausländischen Parteien stets von unserer Verpflichtung geleitet sein werden, die Souveränität des Sudan und die Interessen seines Volkes zu schützen und ausgewogene Beziehungen zu unterhalten. Das

bedeutet, dass jeder Versuch, die Ressourcen des Sudan auszubeuten oder zu übernehmen, nicht toleriert wird. Es ist Sache des sudanesischen Volkes, zu entscheiden, wie es seine Ressourcen in einer Weise bewirtschaftet, die der sozioökonomischen Gerechtigkeit dient und die Umwelt schützt. Wir sollten uns bemühen, die lange vernachlässigten Beziehungen zu afrikanischen Ländern und anderen Nationen des Südens wiederzubeleben, indem wir den Handel und die Zusammenarbeit mit ihnen erleichtern und die Solidarität der Bevölkerungen fördern.

Wir sind mit dieser RCEPP der festen Überzeugung, dass die vollständige Wiedererlangung der nationalen Souveränität der erste Schritt zu Demokratie und gerechter Entwicklung ist. Dies ist unser entscheidender Kampf gegen die Diktatur, denn die Dezemberrevolution richtete sich nicht nur gegen das untergegangene Regime und das Sicherheitskomitee. Es handelt sich um eine Revolution der nationalen Befreiung, deren Aufgabe es ist, den unabhängigen politischen und wirtschaftlichen Willen des sudanesischen Volkes wiederzuerlangen.

### **(i) Soziale Gerechtigkeit:**

Ein weiteres wichtiges Thema, das eng mit den anderen in dieser Charta erörterten Aspekten zusammenhängt, ist die soziale Gerechtigkeit, die eine der Säulen des revolutionären nationalen Entwicklungsprojekts darstellt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Konzept der sozialen Gerechtigkeit über die Übergangsjustiz hinausgeht und eine gleichmäßige Verteilung der Ressourcen und der Macht auf ausnahmslos alle Teile der Gesellschaft umfasst. Da sich die Ressourcen und die Macht seit der Unabhängigkeit in den Händen einiger weniger elitärer Gruppen konzentriert haben, erfordert die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit die Abschaffung jenes Modells des modernen Nationalstaates, das auf der Monopolisierung von Ressourcen und Einnahmen aufgebaut ist. Wenn dieses Ziel nicht klar definiert wird, kann es passieren, dass die soziale Gerechtigkeit auf ein individuelles und nicht auf ein gesellschaftliches Problem reduziert wird. Wenn wir uns nur auf die Strafjustiz konzentrieren, kann dies dazu führen, dass

15

dass einige Einzelpersonen für ihre Verbrechen gegen die Gesellschaft bestraft werden, dass aber die Hegemonie und das Unterdrückungsregime, die hinter der Gewalt und den Gräueltaten stehen, ungeschoren bleiben.

16

## **KAPITEL ZWEI**

### **Erstens: Der Revolutionäre Legislativrat in der Übergangsphase (TRLIC):**

- **Definition:** Der TRLIC ist ein revolutionärer Legislativrat, der vor dem Zusammenbruch des Putschregimes eingerichtet wird. Seine Aufgabe ist es, die Macht zu übernehmen und das Land vorübergehend zu leiten, bis die lokalen Räte, die Räte auf Staats-Ebene und der nationale Übergangsgesetzgebungsrat gebildet sind, die die Übergangsgewalt darstellen, die

ihnen als Befehl des Volkes gemäß dieser Charta übertragen wurde.

● **Mechanismus der Formierung:**

Die Kräfte, die diese Charta in allen lokalen Räten unterzeichnet haben, sowie die anderen Kräfte, die an die Notwendigkeit eines radikalen Wandels im Sinne der Vision der Charta glauben, sollten unverzüglich mit der Bildung von "Revolutionären Legislativräten in der Übergangsphase" beginnen. Dies sollte noch vor dem Sturz des Putschregimes geschehen, um zu verhindern, dass sich das Szenario des Revolutions-Kidnappings wiederholt, das aus dem politischen Vakuum und der fehlenden Vertretung der revolutionären Kräfte resultierte.

● **Nationaler Revolutionärer Legislativrat für den Übergang:**

Drei (3) Vertreter, davon einer aus den Vertriebenenlagern im Staat.

● **Revolutionärer gesetzgebender Übergangsrat auf Staatsebene:**

Drei (3) Vertreter aus jeder lokalen Einheit

● **Lokaler Revolutionärer Legislativrat der Übergangszeit:**

Drei (3) Vertreter aus jeder Verwaltungseinheit

Der Staat Khartoum wird im Nationalen Revolutionären Legislativrat durch sechs Mitglieder (zwei für jede Stadt) vertreten.

● **Die Aufgaben des Revolutionsrates:**

1. Ernennung eines Interims-Premierministers, der das Kabinett ernennt, das vom Revolutionären Legislativrat bestätigt werden muss.
2. Bestätigung der Wahlausschüsse, die von den Widerstandskomitees, die die Charta unterzeichnet haben, gebildet wurden, um die Bildung der legislativen Übergangsräte zu überwachen.
3. Verabschiedung der Gesetze über die Bildung der Kommissionen und Bestätigung der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Kommissionen auf Vorschlag des Premierministers.

17

4. Billigung der Legislativräte auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene sowie des nationalen Legislativrats der Übergangszeit, die unter der Aufsicht der Widerstandskomitees und der Unterzeichner der Charta gebildet werden sollen.
5. Abschaffung aller freiheitsfeindlichen Gesetze.
6. Abschaffung des Amtes des Oberbefehlshabers der Streitkräfte und Übertragung seiner Aufgaben an den Premierminister.
7. Ernennung eines Gouverneurs für die sudanesisch Zentralbank
8. Alle anderen Aufgaben, Resolutionen oder Gesetze, die der Revolutionsrat für notwendig erachtet

● **Revolutionärer Zeitrahmen für den Aufbau und die Aktivierung der Machtstruktur:**

1. Zeitrahmen für die Einsetzung des Revolutionären Legislativrats (auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene): 30 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung und Unterzeichnung des **IRCIP**.
2. 1 bis 15 Tage ab dem Tag der Machtübernahme durch den Revolutionären Legislativrat



RLC): Der Nationale RCL ernennt einen Premierminister und legt die interne Geschäftsordnung fest, die seine Arbeit regelt. Die RLCs auf Landes- und Kommunalebene ernennen die Gouverneure und Kommissare und geben sich eine Geschäftsordnung, die ihre Arbeit regelt.

3. 16 bis 30 Tage: Die Räte der Kommissionen werden eingerichtet, und die Leiter der Kommissionen, der Generalrechnungsprüfer und sein Vorstand werden vom RLC ernannt. Im gleichen Zeitraum wählt der Premierminister seine Kabinettsmitglieder nach den in der Charta festgelegten Kriterien der Kompetenz und des revolutionären Engagements aus; die Gouverneure/Kommissare ernennen ihr Kabinett/Verwaltungspersonal.

4. 31 bis 45 Tage: Die Kommission für die Reform des Justizwesens setzt den Obersten Justizrat und den Rat der Staatsanwaltschaft ein.

5. 46-60 Tage: Die Minister und Gouverneure legen im Einklang mit dieser Charta ihre Sanierungsprogramme mit detaillierten Zeitplänen vor und veröffentlichen sie.

\* Der Aufbau der Machtstruktur und die Vorlage des Plans des Exekutivorgans sollten spätestens zwei Monate nach der oben erwähnten Machtübernahme durch den Revolutionsrat abgeschlossen sein. Sobald die revolutionären Strukturen vorhanden sind, soll der revolutionäre Geist in den Staatsapparat einfließen. Die revolutionären Basisorganisationen müssen die Revolution während der gesamten Übergangszeit aufmerksam bewachen.

18

## **Zweitens: Umsturz des Putschregimes:**

- • Ablehnung jeglicher Einladung zu direkten oder indirekten Verhandlungen mit der Putschbehörde und Fortsetzung des friedlichen Widerstands mit unseren bewährten und mit neuen Mitteln.
- • Sturz der Machthaber des Staatsstrechs vom 25. Oktober 2021 (Putsch des Sicherheitskomitees), der eine Fortsetzung des Putsches vom 30. Juni 1989 (Inghaz) darstellt, und Aburteilung aller Täter, sowohl der zivilen als auch der militärischen.
- Abschaffung des Dokuments der Verfassungserklärung, einschließlich des Friedensabkommens von Juba, und Schaffung eines verfassungsmäßigen Status durch eine auf dem RCEPP basierende Übergangsverfassung sowie Überprüfung aller seit dem 11. April 2019 geschlossenen Abkommen und erlassenen Dekrete.

## **Drittens: Die Übergangsverfassung:**

Die Übergangsperiode wird von der Übergangsverfassung geregelt, die die Funktionen und die Leistung der Revolutionsregierung und der Staatsorgane regelt. Die folgenden Bestimmungen werden in der Übergangsverfassung konkretisiert:

1. Bürgerliche Freiheiten und grundlegende Menschenrechte als überkonstitutionelle Prinzipien.
2. Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser.
3. Die Einrichtung des RCEPP als verfassungsrechtliche Referenz.

Die übrigen Artikel der Verfassung werden von den Unterzeichnern der Charta ausgearbeitet und gebilligt, bevor der Revolutionsrat, wie in der Charta vorgesehen, eingesetzt wird.

<https://resistancecommittee.com/en/february-marches-schedule-2023/>

## KAPITEL DREI

### Die Organe des Übergangs und die Regierungsstruktur:

- Da der Sudan ein Land mit einer Vielzahl von Ethnien, Religionen, Glaubensrichtungen und Kulturen ist, muss der Staat in gleichem Abstand zu seinen Bürger:innen stehen und sie auf der Grundlage der gleichen Staatsbürgerschaft gleich behandeln.
- Es wird eine Übergangsverfassung geschaffen, die als Grundlage für ein dezentralisiertes System der Übergangsregierung dient, das von den Unterzeichnern der Charta geleitet wird und das sich bemüht, die Ziele der Revolution zu erreichen und die Aufgaben des Übergangs innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren zu bewältigen. Dieser kann vom Nationalen Legislativrat um höchstens weitere zwei Jahre verlängert werden, je nach den Fortschritten bei der Verwirklichung der Ziele der Übergangszeit.

### Struktur der Organe des Übergangs:

#### Diese setzen sich aus drei Teilen zusammen:

- Die Legislative (gesetzgebende Räte)
- Die Exekutive (Ministerrat, Gouverneure und Kommissare)
- Die Judikative und die Staatsanwaltschaft

Gemäß dem Grundsatz der Gewaltenteilung agieren diese Bereiche als autonom ohne gegenseitige Einflussnahme. Sie arbeiten jedoch als Organe des Übergangs miteinander zusammen.

#### 1. Die Legislative:

Als autonome Einrichtung ist die Legislative die oberste Autorität des Staates, die für die Gesetzgebung und die Verabschiedung von Gesetzen zuständig ist.

In den Gemeinden, die in den Vertriebenenlagern liegen, sind Sitze für sie reserviert, bis ihre Vertreter in direkter Wahl bestimmt sind. Dieser Prozess kann angesichts der außergewöhnlichen Umstände in den Lagern länger als üblich dauern.

#### Mechanismus zur Bildung von Legislativräten (die Volksmacht):

Diese Behörde setzt sich aus Vertretern des sudanesischen Volkes zusammen, die auf der Grundlage des geografischen Wohnsitzes und der Gewerkschaften in einem volksdemokratischen Verfahren wie folgt ausgewählt werden:

### **a. Lokale Legislativräte (LCC):**

Der lokale Legislativrat setzt sich aus allen Vertretern der demokratisch gewählten Verwaltungseinheiten und Gewerkschaften der lokalen Verwaltung zusammen.

20

#### **Vertreter des Wohnsitzes:**

Die Bewohner des Viertels/Dorfes halten eine allgemeine Versammlung ab und wählen aus ihrer Mitte eine(n) Vertreter:in des Viertels/Dorfes in der allgemeinen Versammlung der Verwaltungseinheit, die vier Vertreter:innen für den lokalen Legislativrat (LCC) und eine(n) Vertreter:in für den Rat auf Staatsebene (SLC) wählt. Die Mitglieder der LLC wählen aus ihrer Mitte eine(n) Vertreter:in im nationalen Gesetzgebungsrat (NLC).

Die Vertreter:innen der Verwaltungseinheiten bilden die Generalversammlung der lokalen Verwaltung. Die Unterzeichner der Charta beaufsichtigen die Auswahl eines Vertreters der lokalen Verwaltung im Nationalen Übergangslativrat.

#### **Vertreter der Gewerkschaften:**

Die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften in der Kommunalverwaltung, die von demokratischen Generalversammlungen gewählt werden, treten zusammen, um aus ihrer Mitte zwei Vertreter:innen der Gewerkschaften im lokalen Legislativrat und eine(n) Vertreter:in im Gewerkschaftsrat auf Staatsebene auszuwählen. Der Rat wählt zwei Mitglieder für den Legislativrat auf Staatsebene, von denen mindestens die Hälfte weiblich sein muss, vorbehaltlich der Mechanismen, die er für angemessen hält.

Alle Vertreter:innen von Stadtvierteln/Dörfern und Gewerkschaften ziehen in einer Parade zum Sitz des lokalen Legislativrats (LLC), wo sie zusammentreten und die Struktur des LLC festlegen (Vorsitz - Berichterstatter). Die LLC wählt und ernennt eine(n) Beauftragte(n) für die lokale Verwaltung. Diese Person ernennt die Verwaltungsbeamten gemäß dem Gesetz über den öffentlichen Dienst und dem in dieser Charta festgelegten revolutionären Kriterium.

### **b. Gesetzgebende Räte auf Staatsebene:**

Der Legislativrat auf Staatsebene setzt sich aus allen demokratisch gewählten Vertreter:innen der Verwaltungseinheiten und Gewerkschaften des Staates zusammen. Alle Vertreter:innen der Verwaltungseinheiten (Stadtteile/Dörfer und Gewerkschaften) ziehen in revolutionären Umzügen zum Sitz des Legislativrats auf Staatsebene (SLC), wo sie zusammentreten und die Struktur des Legislativrats festlegen (Vorsitzende/Sprecher:in/Berichterstatter). Der SLC wählt und ernennt zwei Mitglieder, von denen mindestens die Hälfte weiblich sein muss, zu Mitgliedern des nationalen Legislativrats (NLC). Der SLC ernennt dann mit einer Zweidrittelmehrheit eine(n) Gouverneur:in des Staates. Die gewählte Gouverneur:in ernennt ein Staatskabinett, das vom Legislativrat bestätigt wird.

21

### **c. Der Nationale Legislativrat:**

Der Nationale Übergangslativrat (NTLC) setzt sich zusammen aus 240 Mitgliedern, die von ihren jeweiligen Gemeinden und Gewerkschaften demokratisch gewählt werden, sowie Vertreter:innen der Lager der Binnenvertriebenen und Vertriebenen (IDPs) und Menschen mit Behinderungen wie folgt zusammen:

- (190) aus den Ortschaften (Gesamtzahl der Ortschaften im Sudan)
  - (7) zusätzliche Vertreter:innen für den Staat Khartum (eine(r) für jede lokale Verwaltungseinheit)
  - (36) Vertreter:innen der Gewerkschaften (zwei für jeden Staat)
  - (5) für die Lager der Binnenvertriebenen in Darfur (eine(r) für jeden Staat)
  - (1) für die Lager der Binnenvertriebenen im Staat Süd-Kordofan
  - (1) für Menschen mit Behinderungen.
- Auf jeder Ebene der gesetzgebenden Räte wird ein Sitz für Menschen mit Behinderungen reserviert, die von ihren demokratischen Vereinigungen auf jeder Ebene gewählt werden.
- Die Lager der (Binnen-)Vertriebenen und die Kräfte, die sich für einen radikalen Wandel einsetzen, wählen in jedem der fünf Staaten Darfurs vier Vertreter für den SLC und einen für den NLC. Die Lager der Binnenvertriebenen in Süd-Kordofan wählen einen Vertreter in den NLC und vier in den SLC.
- Für die Bewohner des Staates Südkordofan in den derzeit von der SPLA-Al-Hilo kontrollierten Gebieten sind vier Sitze reserviert (entsprechend der Anzahl der dortigen Ortschaften).

Die Vertreter:innen der Verwaltungseinheiten (Stadtviertel/Dörfer), werden von einem revolutionären Aufmarsch von einer Million Menschen zum NLC begleitet und treten in den Räumlichkeiten des NLC zusammen und legen die Struktur des NLC fest (Vorsitz/Sprecher:in/Berichterstatter). Der NLC ernennt mit Zweidrittelmehrheit eine(n) Premierminister:in. Diese(r) schlägt dann sein Kabinett zur Bestätigung durch den Nationalen Übergangsrat vor.

### **Zuständigkeiten des Nationalen Übergangslativrats (NTLC):**

1. Nominierung, Ernennung und Bestätigung einer Premierminister:in; Bestätigung, Rechenschaftslegung, Entlassung und Überwachung der Leistung des Übergangskabinetts.
2. Verabschiedung, Überprüfung und Änderung von Gesetzen und Verordnungen, darunter:
  - Gesetze zur Verbesserung des Lebensstandards des sudanesischen Volkes durch den Aufbau der Säulen einer nationalen Wirtschaft, die selbständig und frei von externer Abhängigkeit ist und keine Ressourcen verschwendet.
  - Gesetze zur Schaffung eines umfassenden Friedens für das gesamte sudanesisches Volk.

22

- Gesetzgebung zur Schaffung eines unabhängigen Justizsystems.
- Gesetze zum Aufbau ausgewogener Außenbeziehungen, die unsere nationale Souveränität zum Wohle unserer nationalen Interessen wahren.

- Gesetzgebung zur Beseitigung der Hinterlassenschaften des Regimes vom 30. Juni 1989.

3. Abschaffung des Amtes des Oberbefehlshabers der Streitkräfte und Übertragung seiner Funktionen an den Premierminister, der die Streitkräfte über das Verteidigungsministerium führt, das alle Strukturen der Streitkräfte beaufsichtigt. Der Verteidigungsminister ist für die Umsetzung der nationalen Verteidigungspolitik und die Verwaltung des Haushalts der Streitkräfte zuständig.
4. Er billigt die Gesetze der Kommissionen und die Empfehlungen ihrer Konferenzen.
5. Er billigt den Gesamthaushalt.
6. Ratifizierung von bilateralen, regionalen und internationalen Abkommen und Vereinbarungen.
7. Einsetzung, Bildung und Bewertung der Leistungen der autonomen Kommissionen.
8. Nominierung, Ernennung und Bestätigung des Vorstands der Auditor General's Chamber. Der Vorstand ernennt einen Auditor General.
9. Organisation und Überwachung der Ausarbeitung eines Vorschlags für eine ständige Verfassung auf der Grundlage der Empfehlungen der Nationalen Konferenz über die Verfassung. Die erste gewählte Nationale Verfassungskonferenz bestätigt die vorgeschlagene Verfassung auf der Grundlage eines öffentlichen Referendums.
10. Billigung einer Empfehlung des Premierministers zur Verhängung des vollständigen oder teilweisen Ausnahmezustands mit Zweidrittelmehrheit. Findet keine Sitzung des Nationalen Rates statt, wird eine außerordentliche Sitzung einberufen. Die Verhängung des Ausnahmezustands ist erst dann gültig, wenn sie vom Nationalen Rat bestätigt wurde.
11. Nominierung, Ernennung und Bestätigung eines Gouverneurs der Zentralbank des Sudan.

### **Regeln für die Räte:**

1. Die Wohnviertel-/Gewerkschaftsausschüsse in den Ortschaften (und Lagern für Binnenvertriebene) und den Bundesstaaten können ihre amtierenden Vertreter :innen austauschen, wann immer sie sich dafür entscheiden, wenn diese nachweislich im Sinne des untergegangenen Regimes handeln oder unbefriedigende Leistungen erbracht haben.
2. Für die lokalen Räte werden keine Finanzmittel bereitgestellt, abgesehen von den Kosten für Gruppentransporte und Sitzungen.
3. Die Finanzmittel für die Räte auf Staatsebene umfassen ein Gehalt in Höhe des Mindestlohns sowie die Kosten für die Beförderung und die Sitzungen.

23

4. Die finanziellen Mittel für das NLC umfassen die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Verpflegung sowie Zuweisungen wie für die Räte auf Staatsebene.
5. In allen Ortschaften werden aus den Unterzeichnern der Charta ausgewählte Ausschüsse geschaffen, die die Bildung von Gemeinderäten überwachen.
6. Die Vorsitzenden aller drei Ebenen der gesetzgebenden Räte, der Premierminister,

die Minister, die Gouverneure, die Kommissare und die Leiter der Kommissionen dürfen nach der Übergangszeit nicht mehr für die Wahlen kandidieren.

(Anmerkung d.Ü.: Ab hier wird der Text aus Gründen der Vereinfachung nicht mehr gegendert)

## **2. Die Exekutive**

Dies die höchste Ebene der Exekutive besteht aus dem Übergangskabinett, den Kommissionen, den nationalen Organen, den Gouverneuren und den Kommissaren, die alle rechenschaftspflichtig sind und von der Legislative überwacht werden.

Der Nationale Übergangslativrat (NTLC) wählt den Premierminister in direkter Abstimmung aus der Liste der Kandidaten gemäß den in dieser Charta vereinbarten revolutionären Bedingungen und Standards.

Die Kabinettsmitglieder werden vom Premierminister ernannt und vom NTLC bestätigt.

Die Exekutive, einschließlich der Ministerien und anderer Einrichtungen, wird in ihrer derzeitigen Form weitergeführt. Die Regierung arbeitet jedoch an der Umstrukturierung dieser Einrichtungen, um die finanziellen Ausgaben für den staatlichen Verwaltungsapparat zu senken, die finanzielle und politische Korruption zu beseitigen und den öffentlichen Dienst zu fördern. Die Zahl der Ministerien muss auf ein Minimum reduziert werden, wobei das System der allgemeinen Behörden wieder eingeführt wird, wie z.B. Eisenbahn, mechanischer Transport, Flusstransport, Telekommunikation und Post, Normung und Metrologie, medizinische Versorgung, landwirtschaftliche und veterinärmedizinische Forschung, Wasser und Elektrizität, öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau, Bewässerung und Bohrungen, Seehäfen, Umwelt und andere. Die zuständigen Minister ernennen die Direktoren für diese Behörden gemäß den Vorschriften des jeweiligen Ministeriums und entsprechend den erforderlichen Qualifikationen. Der Premierminister bestätigt die Ernennung der Direktoren, die fachlich ihrem jeweiligen Ministerium und verwaltungstechnisch dem Kabinett unterstellt sind.

### **Unabhängige Kommissionen:**

Um ein Versagen der Exekutive bei der Behandlung kritischer Fragen während der Übergangszeit zu vermeiden und aufgrund der Komplexität einiger Aufgaben, wie Frieden, Justiz und reguläre Streitkräfte, müssen unabhängige Kommissionen eingesetzt werden, die an diesen Aufgaben arbeiten, im Einklang mit dem Nationalen

24

Entwicklungsprogramm (und dem detaillierten Programm der einzelnen Kommissionen), wie in dieser Charta vereinbart.

Der Premierminister ernennt die Leiter der Kommissionen und beaufsichtigt deren Arbeit. Der Nationale Legislativrat des Übergangs (NTLC) legt das Mandat und den Regelungsrahmen für jede Kommission fest und genehmigt die Ernennung der Leiter und Räte der Kommissionen.

### **Die Kommissionen sind:**

1. Die Übergangskommission für Justiz
2. Die Friedenskommission
3. Die Kommission für die Reform und Umstrukturierung der Streitkräfte (Reform and Restructuring of the Armed Forces Commission)
4. Die Kommission für Rechts- und Justizreform
5. Die Kommission für die Reform des öffentlichen Dienstes
6. Die Kommission für Korruptionsbekämpfung und Wiedererlangung gestohlener Gelder und Vermögenswerte
7. Die Kommission für Grundstücke und Grenzverläufe
8. Die Kommission für Frauen und Kinder
9. Die Kommission für Verfassungsgebung
10. Der Wahlausschuss
11. Die Kommission zur Beseitigung des repressiven Regimes

### **1. Die Übergangskommission für Justiz:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die sich aus Rechtsexperten und Fachleuten zusammensetzt, die über fundierte Erfahrungen, Integrität und Kenntnisse im Bereich der Justiz verfügen. Sie hat den Auftrag, für wahre Gerechtigkeit zu sorgen und kann sich dabei an internationale Justizorganisationen wenden, um Tatsachen und Verstöße aufzudecken, die Täter vor Gericht zu bringen, die Opfer zu entschädigen, für Wiedergutmachung des ihnen zugefügten Schadens zu sorgen und eine umfassende Versöhnung zu erreichen.

#### **- Aufgaben:**

a. Erlass von Übergangsgesetzen, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Es sind Sondertribunale einzurichten, um all diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die an Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, Völkermorden und ethnischen Säuberungen seit der Unabhängigkeit bis zum Regime vom 30. Juni 1989 und darüber hinaus bis zum 11. April 2019 beteiligt waren, zusätzlich die Täter bei den Massakern des Sitzstreiks in Khartum und anderen Staaten und allen Verbrechen, die vom Putschregime vom 25. Oktober 2021 bis zu seinem Sturz begangen wurden;

25

b. Zugang bieten für die Opfer von Missbrauch, Schutz der Familien von Märtyrern und Opfern von Kriegen, Konflikten und Folter sowie Schutz von Zeugen vor Drohungen und Repressalien;

c. Untersuchung verschiedener Verbrechen und Konflikte, die zur illegalen Enteignung von Ressourcen geführt haben und die Opportunisten und Kriegstreibern zu erheblichem Reichtum verholfen haben, so dass solchen Untersuchungen als Instrument zur Wiedergutmachung von Schäden und zur Wiederherstellung der Besitzrechte höchste Priorität eingeräumt wird.

### **2. Die Friedenskommission:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die sich mit friedensrelevanten Fragen und der Aufarbeitung historischer Ungerechtigkeiten befassen soll. Die Kommission soll sich bemühen, Lösungen für die Aufrechterhaltung von entwicklungspolitischer, sozialer und politischer Gerechtigkeit in marginalisierten Gebieten und Brennpunkten von

Konflikten und Kriegen zu finden. Sie soll auch die Ursachen von Konflikten untersuchen und beseitigen und für Wiedergutmachung von Schäden sorgen, basierend auf dem Prinzip der *affirmative action* in Konfliktgebieten.

**- Aufgaben:**

- a. Identifizierung der aktuellen und potenziellen Kriegs- und Konfliktgebiete sowie der betroffenen Menschen;
- b. Vorbereitung und Durchführung von Friedenskonferenzen, denen vorbereitende Basiskonferenzen zu lokalen Themen und zur Schaffung von Grundlagen für den Aufbau des Friedens im ganzen Land vorausgehen;
- c. Verpflichtung zur Umsetzung der Ergebnisse der Basiskonferenzen für lokale Fragen und der Friedensstiftung.

**3. Die Kommission zur Reform und Umstrukturierung der Streitkräfte:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die den Auftrag hat, den Sicherheits- und Militärssektor zu reformieren, und die sich aus pensionierten und entlassenen Armee- und Polizeioffizieren mit gutem Ruf, Integrität und Unabhängigkeit sowie aus noch im Dienst befindlichen Militärangehörigen, die die Agenda der Dezemberrevolution von ganzem Herzen unterstützen, sowie aus Zivilisten zusammensetzt, um die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Kommission zu erfüllen.

**- Aufgaben:**

- a. Umfassende Reform und Umstrukturierung der Streitkräfte, einschließlich der Überprüfung ihrer Gesetze, Aufgaben, Zuständigkeiten und Truppenstärke, mit dem Ziel, eine einheitliche und professionelle nationale Armee zu schaffen, die in der Lage ist, ihre Hauptaufgabe, den Schutz des Volkes, der Verfassung und der Grenzen des Landes, zu erfüllen;

26

- b. Reform und Umstrukturierung der Polizei zur Gewährleistung von Professionalität und Unabhängigkeit bei der Strafverfolgung und bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität.
- c. Umstrukturierung und Wiederaufbau der Nationalen Sicherheitsbehörde und Anklageerhebung gegen ehemalige Beteiligte. Die Aufgaben der Nationalen Sicherheitsbehörde beschränken sich auf das Sammeln und Analysieren von Informationen;
- d. Auflösung der schnellen Eingreiftruppe RSF und aller Milizen und bewaffneten Bewegungen im Einklang mit den internationalen Standards und Leitlinien für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR).

**4. Die Kommission für Rechts- und Justizreform:**

Hierbei handelt es sich um eine unabhängige nationale Kommission, die den Auftrag hat, das Justizsystem und die Strafverfolgung zu reformieren und umzustrukturieren, und die sich aus Experten und Fachleuten aus den Bereichen Recht und Justiz zusammensetzt.

**- Aufgaben:**

- a. Formulierung von Strategien, Plänen, Programmen und Vereinbarungen zur Reform, zum Wiederaufbau und zur Entwicklung des Rechts- und Justizsystems;
- b. Festlegung der Kriterien für die Beteiligung am Rechts- und Justizsystem;



- c. Überprüfung des rechtlichen Status aller Mitarbeiter des Rechts- und Justizwesens und Ergreifung entsprechender Maßnahmen;
- d. Beseitigung der Grundlage für die Ermächtigung von Anhängern des untergegangenen Regimes im Rechts- und Justizsystem gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften;
- e. Schaffung der Grundlagen für eine umfassendere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen dem Rechts- und Justizsystem in einer Weise, die den Vorrang der Rechtsstaatlichkeit und die Effizienz der Justiz gewährleistet;
- f. Fortführung der Ausarbeitung von Gesetzen im Bereich Recht und Justiz und Reform der Gesetze, die das Rechts- und Justizsystem regeln.
- g. Organisation von Konferenzen, Foren und Ausbildungskursen zu Rechts- und Justizfragen;
- h. Annäherung an ein Rechts- und Justizsystem zur Sammlung von Informationen, Daten und Statistiken und zur Erstellung einer speziellen Datenbank;
- i. Überprüfung und Untersuchung der Verwaltungs-, Organisations- und Funktionsstrukturen des Rechts- und Justizwesens und Erlass der entsprechenden Richtlinien;
- j. Alle sonstigen Aufgaben und Befugnisse, die zur Erfüllung seiner Pflichten erforderlich sind.

27

#### **5. Die Kommission zur Reform des öffentlichen Dienstes:**

Hierbei handelt es sich um eine unabhängige nationale Kommission mit dem Auftrag, den öffentlichen Dienst auf der Grundlage von Transparenz, Dezentralisierung und Qualifikation im Einklang mit den Bestimmungen der Übergangsverfassung neu aufzubauen, zu reformieren und umzustrukturieren. Die Kommission soll als Teil des nationalen Entwicklungsprogramms eingerichtet werden, um die strukturellen Probleme anzugehen, mit denen der öffentliche Dienst seit der Übergabe von Funktionen an Sudanesen während der Kolonialzeit konfrontiert ist. Probleme wie Redundanz, mangelnde Rechenschaftspflicht und Ineffizienz müssen angegangen werden, wobei die Neutralität des öffentlichen Dienstes als nationales Gut zu wahren ist.

##### **- Aufgaben:**

- a. Zusammenstellung und Überprüfung der Akten aller Staatsbediensteten
- b. Aufstellung strategischer Pläne für die Verwaltung des öffentlichen Dienstes und für die Entwicklung der Fähigkeiten des Personals;
- c. Aufstellung von Entwicklungsplänen mit dem Ziel, einen modernen und effizienten öffentlichen Dienst aufzubauen;

#### **6. Die Kommission für Korruptionsbekämpfung und Rückgabe gestohlener Gelder und Vermögenswerte:**

Hierbei handelt es sich um eine unabhängige nationale Kommission mit dem Auftrag, alle Formen der Korruption zu bekämpfen und alle Gelder und Vermögenswerte wiederzuerlangen, die während der Zeit des untergegangenen Regimes, nach dem 11. April 2019 und bis zum Ende des Staatsstreichs vom 25. Oktober 2021 aus der Staatskasse gestohlen wurden. Die Kommission soll diejenigen vor Gericht stellen, die in finanzielle oder institutionelle Korruption verwickelt waren. Die Kommission überprüft außerdem die Gesetze und Vorschriften für den öffentlichen und den privaten Sektor (sowie alle seit dem

30. Juni 1989 ratifizierten Übereinkommen und Verträge) und schafft so die Grundlage für die Verhinderung korrupter Praktiken und die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Die Kommission setzt sich aus Fachleuten für Korruptionsbekämpfung, Verwaltung, Regierungsführung, digitale Wirtschaft und Rechnungsprüfern zusammen, die sich an die Grundsätze der Transparenz und Rechenschaftspflicht halten. Sie bekämpft die Korruption, zieht rückwirkend alle gestohlenen Gelder und Vermögenswerte ein und beseitigt in Abstimmung mit den zuständigen Kommissionen die politische Machtstellung der Anhänger des untergegangenen Regimes in allen Bereichen der Wirtschaft, der Sicherheit, des Militärs, des öffentlichen Dienstes und des Justizwesens.

### **7. Die Kommission für die Demarkation von Land und Grenzen:**

Hierbei handelt es sich um eine unabhängige nationale Kommission, die den Auftrag hat, sich mit allen Landangelegenheiten im Sudan und Fragen der Grenzziehung zu befassen.

#### **- Aufgaben:**

28

- a. Zusammenstellung und Festlegung der Grenzen aller öffentlichen, landwirtschaftlichen und bewohnten Grundstücke unter staatlicher Kontrolle;
- b. Überprüfung aller Landgesetze und Entwurf eines neuen Landgesetzes;
- c. Überprüfung der Gesetze für Ländereien in Grenznähe zu den Nachbarländern.

### **8. Die Kommission für Frauen und Kinder:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die sich mit Fragen von Frauen und Kindern befassen soll;

#### **- Aufgaben:**

- a. Schutz von Frauen und Kindern durch lokale Gesetze und die Einhaltung der einschlägigen internationalen Gesetze und Konventionen
- b. Überprüfung aller Gesetze, die Frauen und Kinder diskriminieren;
- c. Einsatz für die Stärkung der Rolle der Frau in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen
- d. Förderung positiver Maßnahmen für Frauen in Kriegs- und Konfliktgebieten;
- e. Aufhebung aller Gesetze, Maßnahmen und Praktiken, die die Unterdrückung von Frauen fördern;
- f. Schutz der Rechte von Kindern durch nationale Gesetze und die vom Staat ratifizierten internationalen Konventionen und Verträge;
- g. Verbot der militärischen Rekrutierung von Kindern und der Kinderarbeit.

### **9. Die Kommission zur Ausarbeitung der Verfassung:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die den Auftrag hat, eine ständige Verfassung auszuarbeiten, indem sie verfassungsgebende Basiskonferenzen (auf der Ebene der Verwaltungseinheiten, der lokalen Einheiten, der staatlichen Einheiten und der nationalen Einheiten) einberuft, die das Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürger:innen definieren. Die Verfassung muss allen Bürger:innenn gleiche Rechte garantieren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten schützen und die Beziehungen zwischen den Bürger:innenn auf nationaler Ebene regeln.

**- Aufgaben:**

- a. Einrichtung von Dialogen, Treffen, Seminaren und Konferenzen zur Verfassungsgebung im ganzen Land;
- b. Förderung des Bewusstseins für die Verfassungsgebung;
- c. Zusammenfassung der Ergebnisse des Verfassungsgebungsprozesses, Umwandlung in Empfehlungen und Vorlage bei der Verfassungskonferenz als Entwurf für eine ständige Verfassung.

**10. Wahlkommission:**

29

Dabei handelt es sich um eine unabhängige nationale Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und der Überwachung der Volkszählung, der Einteilung der Wahlkreise sowie der Durchführung und Überwachung der Wahlen bis zum Ende der Übergangszeit beauftragt wird. Die Kommission gewährleistet die Ehrlichkeit und Funktionsfähigkeit des Wahlprozesses und seiner Teilnehmer durch Vorschriften, die politische Korruption und insbesondere die Verwendung von Geldern zur Beeinflussung des Wahlprozesses verhindern.

**11. Die Kommission zum Abbau von Repression und Abhängigkeit:**

Es handelt sich um eine unabhängige nationale Kommission, die den Auftrag hat, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von ausländischen Mächten zu beenden und den Geist des Vertrauens und der Unabhängigkeit zu stärken.

**- Aufgaben:**

- a. Erarbeitung von Lehrplänen, die die verschiedenen Kulturen des Sudan widerspiegeln und den Stolz auf die sudanesishe Identität fördern;
- b. Überprüfung ausländischer und einheimischer Organisationen zum Schutz der nationalen Identität und der natürlichen Entwicklung der Gesellschaft im Sudan
- c. Festlegung einer Politik, die die kulturelle Vielfalt über das nationale Radio, Fernsehen und alle verfügbaren Medien widerspiegelt;
- d. Förderung und Entwicklung der lokalen Sprachen.

**3. Die Judikative:**

Es handelt sich um ein nationales Organ, das mit der Umsetzung der Verfassung und des Gesetzes beauftragt ist und das von der Kommission für Rechts- und Justizreform eingesetzt wird, die auch für die Ernennung des Obersten Richters zuständig ist.

Die Staatsanwaltschaft: Ein nationales Rechtsorgan, das den öffentlichen Rechten der Gemeinschaft dient. Die Kommission für Rechts- und Justizreform ist für die Ernennung der Staatsanwaltschaft und des Generalstaatsanwalts zuständig.

**Revolutionäre Kriterien:**

Die Bedingungen und Maßstäbe der revolutionären Kompetenz gelten für alle Bewerber um ein Amt in der Exekutive, Legislative und Judikative, entsprechend der in dieser Charta festgelegten Struktur:

1. Kompetenz und Erfahrung.
2. Keine Zugehörigkeit zum früheren Regime oder einer seiner Fronten

3. Vorlage einer jährlich zu erneuernden Unbedenklichkeitsbescheinigung eines zuständigen Gerichts.
4. Revolutionäre persönliche Geschichte und nachweislicher Widerstand gegen das untergegangene Regime vor dessen Sturz.

30

## **KAPITEL VIER**

### **Fragen der Staatsführung:**

- Einführung eines dezentralisierten Regierungssystems während der Übergangszeit, um den verschiedenen Bundesstaaten des Sudan umfassende Befugnisse zu garantieren. Das lokale Regierungssystem stellt die Machtebene dar, die in direktem Austausch mit den Bürger:innen steht und Dienstleistungen anbietet. Sie ist der Ausgangspunkt für die Machtausübung durch die Basis und für die Entscheidungsfindung der Bürger:innen in legislativen, politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten auf lokaler Ebene. Die Verfassung muss die demokratische Konstitution der Kommunalverwaltung vorgeben, in der die Bürger:innen ihre lokalen Gremien einsetzen und diese ihnen gegenüber direkt Rechenschaft ablegen. Einnahmequellen müssen zugewiesen werden, die den der Kommunalverwaltung übertragenen Aufgaben angemessen sind. Die Kommunalverwaltungen werden entsprechend den Gegebenheiten vor Ort neu strukturiert, damit die Gemeinden, insbesondere in den ländlichen Gebieten, gleichberechtigt von ihren lokalen Ressourcen und Kräften profitieren können. Bis zum Ende der Übergangszeit wird durch Konferenzen zu Fragen der Staatsführung ein Regierungssystem geschaffen, das die nationale Einheit fördert.
- Verbreiterung der Basis für die Beteiligung der Bevölkerung an der Konzeption des Regierungssystems und des Gesetzes über die Kommunalverwaltung, um die Übertragung zentralstaatlicher Befugnisse auf die kommunale Ebene zu gewährleisten.
- Radikale Änderung der korrupten und ineffektiven Regierungssysteme sowie der öffentlichen Politik, in einer Weise, dass die Beteiligung der lokalen Gemeinschaften an der Entscheidungsfindung, der Formulierung, der Umsetzung und der Überwachung der Politik ermöglicht wird, so dass die Werte der Beteiligung, der Rechenschaftspflicht, der Transparenz, der Mitwirkung und aller Werte der guten Regierungsführung garantiert wird. Dies soll dazu beitragen, das historische Dilemma der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft zu lösen und den Prozess des Regierens zu einer Strategie für soziale Veränderungen im Bereich der Politik wie auch der Wirtschaft zu machen, die auf der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft aufbaut und die auf den politischen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten der sudanesischen Gemeinschaften beruht.

-

**Die Fragen der Übergangsregierung drehen sich um die folgenden Punkte:**

## 1. Vergeltung und Übergangsjustiz:

- Der sudanesische Staat ist durch das Fehlen von Gerechtigkeit gekennzeichnet, einschließlich des Versagens bei der Durchsetzung des bestehenden Strafrechts, was zu einer weit verbreiteten Straflosigkeit geführt hat. Die Kommission für Übergangsjustiz (Transitional Justice Commission, TJC) soll

31

die für den Staatsstreich von 1989 Verantwortlichen vor ein Gericht zu stellen. Zur Rechenschaft zu ziehen sind auch Personen, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermorde und ethnische Säuberungen in Darfur, den Nuba-Bergen, am südlichen Blauen Nil, im Südsudan, im Ostsudan, in Khartum und in anderen Teilen des Landes organisiert und daran teilgenommen haben. Alle Personen, die während und nach der Dezemberrevolution an den Verbrechen beteiligt waren, werden im Sudan und von den Sudanesen vor Gericht gestellt, und zwar im Einklang mit der Interimsverfassung, in der der Ablauf der Prozesse durch die Einrichtung spezieller sofortiger Gerichtsverfahren festgelegt ist.

- Die Übergangsjustiz soll den Opfern von systematischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen Rechtsmittel verschaffen und die seit dem 30. Juni 1989 durch direkte und indirekte Gewalt begangenen Verstöße und Missstände gegen die Bürger anerkennen. Der Prozess soll betonen, dass Übergangs- und Strafjustiz die Garantie für einen erfolgreichen politischen und sozialen Übergang und den Aufbau staatlicher Organe auf der Grundlage der Gleichheit der Bürger im Einklang mit den einschlägigen internationalen Konventionen sind. Der Prozess der Übergangsjustiz muss mit dem Friedensprozess sowie mit der Reform und Umstrukturierung des Justizwesens und der Staatsanwaltschaft verknüpft werden. Es müssen unbedingt geeignete konzeptionelle, rechtliche, logistische und administrative Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Prozess der Übergangsjustiz einzuleiten, der mit der Strafjustiz beginnt, um den Kreislauf von Gewalt und Straflosigkeit zu durchbrechen, der die Fortsetzung der Gewalt begünstigt. Zur Übergangsjustiz gehören auch breit angelegte gemeinschaftliche Versöhnungsprozesse zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen

-

## 2. Allumfassender und nachhaltiger Frieden:

- Schaffung eines nachvollziehbaren Friedens, der alle Sudanesen einschließt, auf einer nationalen Konferenz, der Basis- und lokale Konferenzen vorausgehen, mit denen einen Dialog zwischen allen Sudanesis:innen eingeleitet wird. Dieser Dialog soll von den Lagern der Binnenvertriebenen ausgehen, alle politischen, professionellen, zivilen und einheimischen Kräfte einbeziehen und eine radikale Überprüfung der Fragen von Krieg und Frieden, einschließlich Landfragen, Hawakir (traditionelles Landrecht in Darfur) und Agrarrecht, vornehmen. Alle beteiligten Kräfte werden in den Beratungen und bei der Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse als gleichberechtigte Partner betrachtet.

- Auseinandersetzung mit den Ursachen von Binnenvertreibung und Krieg und Gewährleistung der Beteiligung der Vertriebenen am Friedensprozess. Wiedergutmachung für die Vertriebenen, ihre sichere und freiwillige Rückkehr in ihre ursprünglichen Gebiete und die Lösung der Hawakir-Probleme in Zusammenarbeit mit den Land- und Übergangsjustizkommissionen sind zu gewährleisten.

32

- Verwaltung des Friedensprozesses durch eine Friedenskommission, die sich aus Fachleuten und Interessenvertretern zusammensetzt, die auf der Grundlage von Effizienz und Integrität ausgewählt wurden, wobei die Verwaltung des Friedensprozesses völlig transparent sein muss.

### **3. Sicherheits- und Militärstrukturen:**

Der erste Schritt zur Reform des Sicherheits- und Militärsektors besteht darin, alle Sicherheits- und Militärorgane sowie ihre Reformprozesse unter die Kontrolle der Legislative, Exekutive und Judikative zu stellen. Es ist notwendig, die Streitkräfte, die Polizei und den Nachrichtendienst zu reformieren, die politische Ermächtigung innerhalb dieses Sektors zu beseitigen und die willkürlich/missbräuchlich entlassenen Mitglieder wieder einzustellen, um sicherzustellen, dass diese Kräfte national, professionell und unabhängig sind. Die Gefechtsdoktrin wird auf eine neue Grundlage gestellt, um den Respekt vor den Bürgern zu gewährleisten, ihr Leben zu schützen und ihre Würde und Freiheiten zu erhalten. Sie werden umstrukturiert, um eine einheitliche sudanesishe Militäreinrichtung mit einer nationalen Militärdoktrin und professioneller Effizienz zu schaffen, die sich für die Achtung der sudanesischen Verfassung, des demokratischen Systems, der Bevölkerung und der Grenzen einsetzt. Die Umstrukturierung der regulären Streitkräfte und die Festlegung ihres Mandats im Einklang mit der Übergangsverfassung gewährleisten, dass der Zustand der Unsicherheit unter Kontrolle gebracht, die Gewalt verringert, die Verbreitung von Kleinwaffen kontrolliert und der Besitz von Waffen durch Milizen und informelle Kräfte verhindert wird.

### **4. Rechts- und Justizstrukturen:**

- Das derzeitige Justizwesen ist dysfunktional und nicht in der Lage, für Gerechtigkeit zu sorgen. Es muss umstrukturiert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten und seine Unterwerfung unter ideologische oder politische Einflüsse oder private oder parteipolitische Interessen zu verhindern.
- Einsetzung einer Kommission für die Rechts- und Justizreform (CLJR), die sich aus erfahrenen und unparteiischen Juristen zusammensetzt, die an die Sache und die Ziele der Dezemberrevolution glauben; ferner Wiederaufbau und Stärkung der Kapazitäten der National Judicial Service Commission (NJSC), damit sie ihre Aufgaben bei der Reform der Justizpraxis wahrnehmen kann, Beseitigung der politischen Ermächtigung innerhalb der Justiz und des Justizsystems, Wiedereinsetzung der willkürlich aus dem Justizwesen Entlassenen und

Mobilisierung aller nationalen Ressourcen und Kompetenzen zum Nutzen des Reformprozesses.

- Reform des Rechts- und Justizsystems und Mobilisierung der nationalen Kompetenzen für die Einsetzung des Hohen Justizrates (HJC), des Verfassungsgerichts (CC) und des Obersten Rates der Staatsanwaltschaft (SCPP), unter der Voraussetzung, dass die CLJR/Kommission die Bildung des HJC und des SCPP überwacht und kontrolliert.

33

## **5. Wirtschaft und die Entwicklungsvision:**

- Die Wirtschaft ist ein Schlüsselfaktor beim Aufbau des souveränen sudanesischen Staates, da sie mit dem Eigentum an den Ressourcen und anderen soziopolitischen Faktoren verbunden ist. Deshalb halten wir es für entscheidend, das Wirtschaftssystem im Einklang mit dem Wirtschaftsprogramm und im Rahmen eines nationalen Entwicklungsplans umzustrukturieren. Der Nationale Legislativrat (NTLC) soll vereinbarte Maßnahmen und Lösungen für Grundbesitz, Hakoura-System, Besteuerung, Bankensystem sowie Produktionsbeziehungen im ländlichen und informellen Sektor entwickeln. Es werden die notwendigen Grundlagen geschaffen und Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, um die Wirtschaft von einer Rentenwirtschaft zu einer dynamischen Entwicklungswirtschaft umzugestalten.
- Bekämpfung aller Korruptionspraktiken, Wiedererlangung geplündelter öffentlicher Gelder und Vermögenswerte und Wiederherstellung privatisierter Unternehmen durch eine Kommission zur Bekämpfung von Korruption und Wiedererlangung geplündelter öffentlicher Gelder und Vermögenswerte.
- Entwicklung eines nationalen Wirtschaftsprogramms, das das notwendige Gleichgewicht zwischen der Verwaltung der öffentlichen Schulden (Überprüfung und Überwachung der öffentlichen Schulden und Grundlage für Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen) und wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen auf der Grundlage der Mobilisierung interner Ressourcen unter Einbeziehung des öffentlichen, privaten und kooperativen Sektors herstellt. In diesem Programm soll der Staat die Wirtschaft leiten, indem er die strategischen und lebenswichtigen Sektoren kontrolliert und soziale Dienste bereitstellt, wodurch die Grundlagen für ein solides Sozialsystem geschaffen werden. Das nationale Wirtschaftsprogramm soll die strukturellen wirtschaftlichen Ungleichgewichte beseitigen und die Haushaltsmittel vorrangig für die Verbesserung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektoren einsetzen, wobei die vom Krieg betroffenen Gebiete durch positive Maßnahmen und eine bevorzugte Politik unterstützt werden. Das Bankensystem und die sudanesische Zentralbank werden durch Gesetze und Regulierungsmaßnahmen, die während der Übergangszeit entwickelt werden, umstrukturiert, und das Mandat des Finanzministeriums wird auf alle Ausgaben und Einnahmen öffentlicher Gelder ausgedehnt, einschließlich der Unternehmen und Einrichtungen, die sich im Besitz der regulären Streitkräfte befinden, und es wird eine Bestandsaufnahme ihrer Aktivitäten in der Militär- und Verteidigungsindustrie sowie in den "grauen" und Telekommunikationsunternehmen durchgeführt. Jegliche Form der Rücklage öffentlicher Mittel durch einzelne Regierungseinheiten ist zu verbieten, und die wiedergewonnenen Mittel sind in ein Programm zur

Wiederbelebung der Wirtschaft zu leiten, das zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Institutionalisierung und der guten Regierungsführung beiträgt.

- Abschaffung der Strukturanpassungsprogramme (SAPs), um den Schwerpunkt auf Entwicklung und soziale Gerechtigkeit zu legen; Einführung von Sanierungsplänen und -programmen, um den Mangel an Grundbedürfnissen zu beheben; Rückgewinnung von Industrieunternehmen und Grundstücken, die privatisiert wurden, um diese staatlich zu verwalten. Die Umschuldung der sudanesischen Schulden erfolgt gemäß eines Schuldenerlasses

34

aufgrund der außergewöhnlichen Umstände eines Schuldnerstaats, wie sie für den Sudan gelten, sowie unter Berücksichtigung einer Entwicklung, die von der gerechten, systematischen und korruptionsfreien Nutzung der vielfältigen lokalen Ressourcen abhängt.

- Bemühungen um die Organisation des informellen Sektors in Form von Verbänden, öffentlichen Unternehmen, auf der Grundlage von Gesetzen und Rechtsvorschriften, die ihre Beziehungen zum Staat und zu den Gemeinden definieren, um ihre Rechte zu schützen, insbesondere die Rechte der weiblichen Arbeitskräfte, sowie das Verbot von Kinderarbeit.

## **6. Außenbeziehungen und nationale Souveränität:**

-

- Verabschiedung einer ausgewogenen Außenpolitik, die auf der Wahrung der nationalen Souveränität beruht, um den Schutz der Interessen des Landes und seiner unabhängigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sowie die Solidarität mit den nach nationaler Befreiung und Demokratie strebenden Völkern zu gewährleisten.
- Ausarbeitung eines detaillierten, umfassenden Rahmens für die Außenbeziehungen durch eine nationale Konferenz, auf der die damit zusammenhängenden Fragen erörtert werden, einschließlich Migration, Grenzen, Dämme, Häfen, Entwicklung, Investitionen, wirtschaftliche Interessen usw.
- Klare Abgrenzung und Demarkation der Landesgrenzen durch die Kommission für die Demarkation von Grenzen und Gebieten und Bemühungen um die Beilegung von Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern und die Rückgewinnung des besetzten und angeeigneten Landes mit friedlichen Mitteln und allen anderen verfügbaren Mitteln.
- Rückzug aller sudanesischen Streitkräfte, die in den Jemen-Krieg verwickelt sind; Überprüfung aller Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der sudanesischen Streitkräfte an Kampfhandlungen außerhalb des Landes und Gewährleistung, dass die sudanesischen Streitkräfte ohne Genehmigung des TNLC nicht an Kampfhandlungen außerhalb der Grenzen beteiligt werden.
- Überprüfung der nationalen ID-Nummern und der Verfahren für die Verleihung der sudanesischen Staatsbürgerschaft sowie aller seit 1989 bis zum Staatsstreich vom 25. Oktober verliehenen Staatsbürgerschaften.

## **7. Zivilgesellschaft:**



In Anerkennung der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der öffentlichen Politik und dem Aufbau eines zivilen Staates muss auf Folgendes hingewirkt werden:

- Verbot der Bildung politischer Parteien auf religiöser, stammesbezogener, regionaler oder ethnischer Grundlage. Politische Parteien sollen sich vielmehr auf nationale Programme stützen, eine Bestimmung, die als verfassungsübergreifender Grundsatz angenommen werden muss.
- Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für Gewerkschaften, Genossenschaften, Nichtregierungs-, Bürger- und Menschenrechts- sowie Freiwilligenorganisationen in einer Art und Weise,

35

die den breitesten Sektoren der Zivilgesellschaft erlaubt, sich zusammenzuschließen und für ihre Agenden und Forderungen zu arbeiten und zu werben.

- Schaffung von Regeln für den Aufbau einer breiten Zivilgesellschaft durch die Ausarbeitung eines Gesetzes über demokratische politische Parteien, das die Institutionalisierung und die interne Demokratie festigt und die Verpflichtung zur Abhaltung regelmäßiger Parteitage vorsieht.
- Beitrag zum Aufbau und zur Förderung des zivilen Raums und der Zivilgesellschaft durch den Aufbau von genossenschaftlichen, zivilen, kulturellen, freiwilligen, bedarfsorientierten, menschenrechtsorientierten und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, um die Werte des zivilen Bewusstseins sowie die Konzepte von Demokratie und Staatsbürgerschaft zu stärken und eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu schaffen, die den demokratischen Wandel unterstützt.
- Auflösung der Nationalen Kongresspartei (NCP), Verbot der Tätigkeit ihrer Organe und Erlass eines Gesetzes zur politischen Isolierung, das die Beteiligung ihrer Mitglieder, die verfassungsmäßige Ämter innehatten und eines der NCP-Gremien leiteten, am politischen Leben kriminalisiert und verbietet.

## **8. Der öffentliche Dienst:**

- Reform des Systems des öffentlichen Dienstes durch die Einrichtung einer Kommission für den öffentlichen Dienst und die Änderung der Regeln und Gesetze, die diesen regeln, wobei neue, demokratischere Visionen ins Auge gefasst werden und der politische Einfluss der Anhänger des untergegangenen Regimes auf den bestehenden öffentlichen Dienst auf allen Ebenen abgebaut und die Struktur der Institutionen des öffentlichen Dienstes sowie die mit ihm verbundenen Rekrutierungsausschüsse und Dienststellen wiederhergestellt werden. Die Reform muss in einer Weise erfolgen, die ihre Unparteilichkeit, Professionalität und Unabhängigkeit garantiert und sie mit den Themen Entwicklung, Technologie und gute Regierungsführung verbindet, um die Speerspitze des Aufbaus eines modernen, demokratischen Nationalstaats zu bilden.
- Verabschiedung demokratischer und flexibler Gesetze und Vorschriften für die Gewerkschaften, wobei die Interessengruppen ihre Vorstellungen zu diesen Gesetzen so einbringen, dass sich alle Arbeitnehmer:innen selbst organisieren können; Vorreiter

für institutionelle Reformprozesse, Verteidigung ihrer Rechte und Beteiligung an der Gestaltung der öffentlichen Politik in ihren verschiedenen Sektoren, um die Umwandlung der Gewerkschaften in einen Schlüsselakteur zu gewährleisten, der den Beitrag der Menschen in wichtigen politischen Entscheidungsprozessen zum Ausdruck bringt und den ererbten Governance-Kreislauf des postkolonialen Staates durchbricht.

36

## 9. Die Rechte und Freiheiten:

- Abschaffung aller freiheitsbeschränkenden Gesetze und Gewährleistung eines verfassungsübergreifenden Schutzes der öffentlichen Freiheiten und Grundrechte im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsgrundsätzen.
- Absolute Bestätigung, dass der Sudan ein nationaler demokratischer Staat ist, in dem die Rechte und Pflichten auf der Staatsbürgerschaft beruhen, ohne Diskriminierung, unabhängig von Rasse, Glaube, Kultur, Geschlecht, Hautfarbe, sozialem oder wirtschaftlichem Status, politischer Meinung, Behinderung, geografischer Zugehörigkeit oder anderen Gründen, zusätzlich zur Ausarbeitung eines konzeptionellen Rahmens für die überkonstitutionellen Grundsätze, die das Überleben des Staates garantieren; seine Integrität und den Zusammenhalt seines sozialen Gefüges, bevor die vorgeschlagene nationale Verfassungskonferenz abgehalten wird, sowie das Engagement für die Achtung der Menschenwürde, der Vielfalt und die Festigung von Gerechtigkeit und Gleichheit; die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und das Bemühen, diese zu schützen, zu stärken und voranzubringen. Hinzu kommen die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und die Anwendung der Grundsätze der Rechenschaftspflicht, die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten, die Behebung von Missständen und die Wiedergutmachung, sei es durch Einzelpersonen, Behörden oder andere.
- Betonung der Rechte der Frauen und Förderung ihrer Beteiligung in allen Tätigkeitsbereichen, insbesondere im politischen Bereich; Durchsetzung der Grundsätze der Chancengleichheit; Förderung der Rolle der Frauen bei der Politikgestaltung und deren Umsetzung auf allen Ebenen, einschließlich der Exekutive, der Legislative und der Judikative; Einsetzung der vorgeschlagenen Kommission für Frauen und Kinder zur Ausarbeitung einschlägiger politischer Maßnahmen, insbesondere derjenigen, die sich mit Vorzugspolitiken befassen, und Initiierung von Projekten zur Unterstützung von Frauen und ihrer Beteiligung an Entscheidungsprozessen.
- Stärkung der Beteiligung der Jugend in allen Bereichen, insbesondere auf politischer Ebene, zusätzlich zu ihrer fairen und echten Vertretung in allen Strukturen und Institutionen des Staates, Erweiterung ihrer Möglichkeiten in allen Bereichen und Gewährleistung ihrer effektiven Beteiligung an der Ausarbeitung von Plänen und Programmen sowie deren Umsetzung,
- Erlass von Rechtsvorschriften und Gesetzen, die die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte von Menschen mit Behinderungen so unterstützen, dass sie negative Diskriminierung gegen diese verhindert; Stärkung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Beschäftigung, Gewährleistung eines fairen Zugangs zu Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen sowie ihrer effektiven Beteiligung an

der Ausarbeitung von Plänen und Programmen, die auf ihre Belange eingehen, und Hilfe bei der Umsetzung solcher Pläne und Programme.

37

- - Überarbeitung der Gesetze, die die Rechte von Kindern und die Rehabilitation von elternlosen Kindern und Obdachlosen unterstützen, sowie die Schaffung von Einrichtungen, die sich um sie kümmern und ihre soziale Rolle betonen.
- Erlass von Gesetzen für das Recht auf Zugang zu Daten auf allen Ebenen der staatlichen Struktur sowie Unterstützung einschlägiger internationaler Konventionen, um Transparenz und die Verbreitung von Fakten über verschiedene Medien zu gewährleisten.

## **10. Die Verfassung und die Wahlen:**

- Einigung auf die Säulen und Grundlagen des umfassenden nationalen Entwicklungsprojekts, das die Grundlage für eine dauerhafte, demokratische nationale Verfassung bildet, um einen zivilen, demokratischen und legitimen Staat zu errichten, und ein langfristiges Projekt für eine nationale Entwicklungsrenaissance, die soziale Gerechtigkeit im Rahmen eines Staates mit voller nationaler Souveränität erreicht.
- Organisation von Diskussionen und Konferenzen an der Basis, an denen möglichst viele sudanesishe Männer und Frauen teilnehmen können, um ihren Vorstellungen und Visionen für die Ausarbeitung einer Verfassung Ausdruck zu verleihen, die das gesamte Spektrum des sudanesischen Volkes widerspiegelt und seine Grundrechte schützt, und die der vorgeschlagenen umfassenden Verfassungskonferenz vorgelegt werden, die mit der Ausarbeitung eines Vorschlags für eine ständige Verfassung betraut werden soll, in der das Wesen des Staates, seine Strukturen, die Art seiner Verwaltung und die Modalitäten der Regierungsführung geklärt werden. Dieser Prozess wird von der vorgeschlagenen Verfassungskommission und ihren lokalen Zweigstellen überwacht, die diese Diskussionen organisieren, beaufsichtigen und begleiten sollen.
- Wiederaufbau und Rehabilitierung des bestehenden Zentralen Statistikamtes in einer Weise, die seine Unabhängigkeit gemäß den internationalen Standards für Volkszählungen zu Beginn der Übergangszeit gewährleistet.
- Verabschiedung des Gesetzes über allgemeine Wahlen durch den gesetzgebenden Übergangsrat und Bildung der Wahlkommission, die mit der Umsetzung des Wahlgesetzes und der Organisation und Durchführung regelmäßiger, freier und fairer allgemeiner Wahlen betraut wird.
- Organisation der allgemeinen Wahlen bis zum Ende der Übergangszeit unter öffentlicher, regionaler und internationaler Aufsicht, nachdem ein umfassender Frieden erreicht wurde, die freiwillige Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in ihre Ländereien und Dörfer erfolgt ist, die Volkszählung abgeschlossen ist und das Wahlgesetz angenommen wurde.

38

# KAPITEL FÜNF

## **Allgemeine Bestimmungen:**

### **1. Die Kräfte, denen diese Charta vorgelegt wird:**

Diese Charta wird von den Koordinationsorganen der Widerstandskomitees in den verschiedenen Staaten des Sudan vorgelegt, mit der Aufforderung, sie zu überdenken und Vorschläge zur Änderung und Weiterentwicklung zu machen und sie schließlich durch Unterzeichnung durch die Widerstandskomitees in den verschiedenen sudanesischen Staaten und alle Berufsorganisationen, Gewerkschaften, bedarfsorientierten Organisationen, Frauenorganisationen, Organisationen der Vertriebenenlager, Arbeiter, Studenten und die Gewerkschaften der Parteien zu unterstützen; die politischen und revolutionären Organisationen, die sich unerbittlich gegen die Militarisierung des politischen Lebens wehren und sich um den Sturz des Putsches bemühen; unter der Voraussetzung, dass die Widerstandskomitees die Kontrolle über den gesamten Prozess der Beratungen, der vorgeschlagenen Änderungen und der endgültigen Unterzeichnung übernehmen.

### **2. Ausnahmen und Bedingungen:**

2.1 Alle politischen Kräfte, die am Putsch vom 30. Juni teilgenommen haben, und diejenigen, die bis zum Sturz des Regimes an diesem beteiligt waren, können diese Charta nicht unterzeichnen. Das Gleiche gilt für die Kräfte, die den Putsch vom 25. Oktober 2021 unterstützt haben, und die Kräfte, die an der Putschbehörde vom 25. Oktober bis zum Zeitpunkt ihres Sturzes beteiligt waren.

2.2 Die zivilen und politischen Kräfte, die die Verhandlungen akzeptiert und an ihnen teilgenommen haben, die zum Zustandekommen der Partnerschaft mit dem Militär und zur politischen Einigung im Jahr 2019 geführt haben, sollten eine schriftliche Selbstkritik zu der Taktik verfassen, auf die sie ihre Bewertung der Aufnahme von Verhandlungen und der Partnerschaft mit zwei aufeinanderfolgenden Militärputschen stützten. Sie müssen auch eine methodische Überprüfung ihrer politischen Praktiken während der Übergangszeit vornehmen und diese Kritik und Überprüfung öffentlich bekannt geben, bevor sie die Charta unterzeichnen.

### **3. Unterschriftenregelung:**

3-1 Die Unterzeichnung der Charta durch die Koordinationsorgane aller Widerstandskomitees von Khartoum erfolgt auf individueller Basis, was bedeutet, dass eine kollektive Unterzeichnung durch alle Widerstandskomitees der Stadt nicht zulässig ist.

3-2 Die Unterzeichnung der Charta durch die Koordinationsorgane der Widerstandskomitees in den verschiedenen Bundesstaaten des Sudan erfolgt in Übereinstimmung mit der Organisationsebene, die sie in jedem Staat vertritt.

3-3 Die Unterzeichnung der Charta durch die Koordinationsgremien der Widerstandskomitees und die Organisationen der Binnenvertriebenen in den Lagern erfolgt durch eine

39

Vertreter:in, die von ihrem Koordinierungsgremium oder ihrer Organisation zur Unterzeichnung benannt und schriftlich delegiert wird.

3-4 Die Unterzeichnung der Charta durch Berufsverbände, Gewerkschaften, bedarfsorientierte Organisationen, Frauenorganisationen, Studentenverbände und

Sachorganisationen erfolgt durch eine von der jeweiligen Organisation oder Gewerkschaft benannten und schriftlich bevollmächtigten Vertreter:in, und im Falle einer Block- oder Kollektivunterzeichnung wird die benannte Vertreter:in von jedem seiner Bestandteile schriftlich bevollmächtigt.

3-5 Die Berufsorganisationen, Gewerkschaften, bedarfsorientierten Organisationen, Frauenorganisationen, Studentenvereinigungen, sachbezogenen Organisationen, die Flüchtlingslager und die Koordinierungsstellen für Binnenvertriebene, die die Charta als Teil eines Blocks unterzeichnen möchten, haben kein Recht, erneut zu unterzeichnen, weder einzeln noch als Mitglieder anderer Blöcke.

3-6 Die Unterzeichnung der Charta durch Organisationen, einschließlich politischer Parteien und bewaffneter Kampftruppen, darf nur auf individueller Basis erfolgen; die Unterzeichnung als Block oder Bündnis wird nicht akzeptiert.

3.7 Die Unterzeichnung der Charta durch einzelne Organisationen, politische Parteien und bewaffnete Kampftruppen erfolgt durch einen Vertreter, der von dem mit der politischen Entscheidungsfindung betrauten Parteiorgan delegiert wurde, wobei auch sein vollständiger Name anzugeben ist.

#### **4. Allgemeine Hinweise:**

4-1 Diese Charta zielt darauf ab, die revolutionären Kräfte zu vereinen, daher wird jede Erklärung oder Ankündigung eines Führers seitens einer der unterzeichnenden Parteien als offener Verstoß gegen die Bestimmungen der Charta angesehen und diese Partei wird zur Verantwortung gezogen.

4-2 Die Charta dient als politischer Bezugspunkt für den Fall, dass es zwischen den Kräften und Parteien, die die Charta unterzeichnet haben, zu Meinungsverschiedenheiten über Standpunkte oder Positionen kommt. Die Organisations- und Koordinationsstruktur, die die Unterzeichnerparteien dieser Charta bindet, stellt den organisatorischen und regulativen Bezugspunkt dar, falls es zu Verstößen oder zu Unstimmigkeiten zwischen den Unterzeichnerparteien kommt. Diese Organisations- und Koordinationsstruktur wird von den Widerstandsausschüssen ausgearbeitet.

4-3 Die Unterzeichnung dieser Charta bedeutet die Zustimmung und Verpflichtung zu ihren Bestimmungen sowie das Streben nach der Erreichung ihrer Ziele.

#### **5. Änderung und Weiterentwicklung der Charta:**

Diese Charta kann nur von den Widerstandskomitees geändert und weiterentwickelt werden, wobei derselbe Mechanismus angewandt wird, mit dem sie verfasst wurde, angefangen von den Basiskomitees bis hin zu den Koordinierungsgremien auf kommunaler und staatlicher Ebene und schließlich auf nationaler Ebene.

40

## **KAPITEL SECHS**

### **Anhang (1)**

#### **Das Wirtschaftsprogramm:**

Es ist wichtig zu erkennen, dass die Wirtschaft der Hauptpfeiler der nationalen Sicherheit des Sudan ist. Insofern ist es eine nationale Pflicht, wirtschaftliche Unabhängigkeit,

Stabilität, ein ausgewogenes Entwicklungskonzept sowie die volle Nutzung der Humanressourcen zu erreichen. Ein umfassender und unabhängiger wirtschaftlicher Entwicklungsplan, der den Sudan auf eine gute Position unter den Industrieländern vorbereiten soll, kann nur dann verwirklicht werden, wenn ein Höchstmaß an Stabilität und wirtschaftlichem Wohlergehen für die Bürger des Landes erreicht wird. Daher hat sich die Übergangsregierung verpflichtet, die folgenden Punkte anzuerkennen und umzusetzen:

1. Das Recht des sudanesischen Volkes, seine wirtschaftliche Zukunft und die dazugehörigen Systeme frei zu bestimmen, um die Menschenwürde des sudanesischen Volkes zu wahren. Dies wird durch eine freie und unabhängige nationale Wirtschaftspolitik erreicht, die von der Mobilisierung der nationalen Ressourcen des Sudan abhängt.
2. Das Recht des sudanesischen Volkes, sein Streben nach voller Souveränität und Freiheit bei der Nutzung seiner Reichtümer und Ressourcen zu verwirklichen. Dies muss ohne Abstriche an den internationalen Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Austausch geschehen, die auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, Fairness und des gegenseitigen Nutzens für alle Beteiligten beruhen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, alle internationalen Abkommen zu überprüfen, um die besten wirtschaftlichen Interessen der sudanesischen Bevölkerung zu unterstützen und zu fördern. Dazu gehört auch die Überprüfung aller Investitionsentscheidungen, die in den letzten dreißig Jahren der Diktatur getroffen wurden. Diese Abkommen wurden gegen den Willen des sudanesischen Volkes und seiner Gesetzgebungs- und Aufsichtsorgane geschlossen.
3. Verabschiedung eines Programms zur Eigenständigkeit, das nationale Wirtschaftsreformen zur Nutzung der Ressourcen mobilisiert, mit dem Ziel, die Wirtschaftskrise zu beenden. Ein solcher unabhängiger Entwicklungsansatz muss vom öffentlichen Sektor geleitet werden, der den öffentlichen, privaten, gemischten und genossenschaftlichen Sektor einbezieht.
4. Vorrangige Rolle des Staates bei der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der sudanesischen Bevölkerung, Sicherung der Grundversorgung mit Treibstoff, Brot, Medikamenten, Transportmitteln und anderen Gütern zu erschwinglichen Preisen.
5. Durchführung von Wirtschaftsreformen unter Nutzung der dem Sudan innewohnenden Fähigkeiten und Mobilisierung der nationalen Ressourcen. Die Überbrückung des Haushaltsdefizits in der Handelsbilanz sowie die Stabilisierung des Wechselkurses gemäß den Vorgaben des Artikels mit dem Untertitel: Steigerung der Exporte, Senkung der Importe und des Wechselkurses.
6. Aufstockung der Mittel für Bildung, Gesundheit, landwirtschaftliche und industrielle Produktion während der Übergangszeit und darüber hinaus, indem der Großteil der Haushaltsmittel für Entwicklungsausgaben und nicht für verschwenderische Ausgaben von Ermessensfonds für die staatlichen Institutionen des Landes verwendet wird.

41

7. Aufbau eines leistungsfähigen Genossenschaftssektors, um die hohen Lebenshaltungskosten zu senken und die Lebensbedingungen der Menschen im Sudan kontinuierlich zu verbessern. Radikale Lösungen für das Verkehrsproblem durch die Bereitstellung ausreichender Transportmittel, die Instandsetzung von Straßen und Infrastruktur und die Aufstockung der Infrastrukturmittel im Gesamthaushalt.
8. Beschäftigung der sudanesischen Jugend in produktiven Projekten und in den staatlichen Institutionen und Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit auf der Grundlage realistischer

Pläne, die einer sorgfältigen Überwachung unterliegen, sowie Bekämpfung der Armut.

9. Aufbau gleichberechtigter Beziehungen zu internationalen und regionalen Finanzinstitutionen, um Hilfe zu erhalten, Schulden zu erlassen und bei Bedarf Darlehen zu gewähren, wobei das Recht des sudanesischen Volkes zu respektieren ist, seinen eigenen Entwicklungsweg unabhängig und ohne Vorbedingungen und Einschränkungen seiner nationalen Souveränität zu wählen.

### **Dringende Anforderungen:**

1. Verringerung der finanziellen Notlage der sudanesischen Bevölkerung durch Vermeidung einer Wirtschaftspolitik, die zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen führt, insbesondere im Zusammenhang mit der "Schockpolitik", die die Bürger belastet. Vernünftige Nutzung der Fähigkeiten und Ressourcen, über die der Sudan verfügt, um die öffentlichen Ausgaben zu senken, die Einnahmen zu erhöhen, die Korruption zu bekämpfen, die Produktion zu fördern und die Rolle des Staates bei der vollständigen Erfüllung seiner Aufgaben zu betonen.
2. Umstrukturierung und Revolutionierung des Finanzministeriums im Einklang mit den in dieser Charta aufgeworfenen Fragen durch Entmachtung und Entfernung derjenigen, die noch aus der Zeit der Diktatur stammen. Überprüfung der Arbeitsweise des Ministeriums und aller seiner Organe und Institutionen durch Fusion, Reform oder Liquidation.
3. Oberste Priorität hat die Neuausgabe der Währung nach einem Plan, der den größten Teil der Geldmasse im Bankensektor belässt und gleichzeitig die Einführung elektronischer Zahlungsmittel beschleunigt, um die Menge des gedruckten und außerhalb des Bankensektors zirkulierenden Geldes zu verringern.
4. Einrichtung eines vom Finanzministerium unabhängigen Ministeriums für Entwicklungsökonomie, um die Allokation der materiellen und menschlichen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung zu verbessern, indem die Grundsätze der Wirtschaftsplanung als eine der Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung übernommen werden.

### **Im Bereich der Zuständigkeit des Finanzministeriums für öffentliche Gelder, Steuereinnahmen und Zölle:**

1. Verhinderung und Kriminalisierung des Offshore-Bankwesens, Einführung des einheitlichen Finanzsystems und Übertragung aller in der vorangegangenen Periode zurückgestellten Mittel an das Finanzministerium.
2. Eingliederung von Regierungs-, Militär- und Sicherheitsunternehmen in das Mandat des Finanzministeriums und damit Beendigung ihrer Privatisierung. Diese Unternehmen sollten entweder von einer öffentlichen Aktiengesellschaft verwaltet werden, durch die Schaffung eines staatlichen Fonds für den Staat oder in einer anderen Form, die vom Nationalen Übergangsgesetzgebungsrat auf der Grundlage der Empfehlungen des Ministerrats festgelegt wird.

42

3. Die Verwendung des elektronischen Formulars (15) als Hauptmethode der Einnahmeerhebung für Regierungsbehörden und damit die Aktivierung elektronischer Zahlungsmethoden für alle regierungsbezogenen Transaktionen und Plattformen.
4. Die Reform der Steuer- und Zollsysteme, die Umstrukturierung der zugehörigen Behörden, die Reform ihrer Gesetze und Vorschriften, die Bekämpfung der Korruption, die

Abschaffung der Ermächtigung in den beiden Behörden und die Beendigung der Steuer- und Zollbefreiungen.

5. Erhebung spezifischer und progressiver Steuern auf Institutionen mit großen Geldflüssen, wie Telekommunikationsunternehmen und andere.

6. Steigerung der Effizienz der Steuererhebung, Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Ausweitung der Steuererhebung auf Bereiche, die bisher nicht erfasst wurden.

### **Im Bereich des Staatshaushalts:**

1. Ausarbeitung von Haushaltsrichtlinien auf der Grundlage der allgemeinen Ziele dieser Charta.

2. Berücksichtigung der Lebensbedingungen der Bürger unter Betonung der Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Gütern der Grundversorgung, der Stärkung der nationalen Währung, der Bekämpfung der Korruption, der Reduzierung und Kontrolle der Staatsausgaben, der Erhöhung der Einnahmen, der Unterstützung des produktiven Sektors und der Förderung von Gesundheit und Bildung. Die Beschäftigung junger Menschen und die Bekämpfung der Armut sollen zu den wichtigsten Zielen des Haushalts gehören.

3. Abkehr von der Budgetierung nach Posten hin zu einer Budgetierung nach Programmen, wobei die Finanzierung auf realen Ressourcen basiert, die durch Eigenverantwortung leicht verfügbar sind.

4. Verabschiedung eines ausgewogenen Entwicklungskonzepts für die Regionen des Sudan mit einer gerechten Verteilung der Entwicklungsprojekte und der Verabschiedung von Vorzugsmaßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Regionen. Durchführung großer Entwicklungsprojekte in diesen Gebieten, um Arbeitskräfte in diese Regionen zu locken und zurückzuholen.

### **Im Finanz- und Bankensektor:**

1. Umstrukturierung des Finanz- und Bankensektors durch Beseitigung von Sonderrechten von Anhängern des untergegangenen Regimes durch Gesetzgebung, Politik, Finanzierungslösungen, die Anwendung des dualen Bankensystems und die Nutzung der Ressourcen des Finanz- und Bankensektors zur Finanzierung der produktiven Sektoren.

2. Verpflichtung der Banken durch eine Geldpolitik, kleine und mittlere Unternehmen zu finanzieren, insbesondere solche mit sozialer Wirkung, die dazu beitragen sollen, die Probleme der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Jugendbeschäftigung anzugehen.

### **Wiedererlangung der geraubten Gelder und Besitztümer des Volkes und deren Überweisung zur Unterstützung des Haushalts:**

1. Wiedererlangung von geplündertem Eigentum, Geld, Immobilien und Vermögenswerten im In- und Ausland durch die Kommission für Korruptionsbekämpfung und Wiedererlangung von gestohlenen Geldern und Vermögenswerten. Enteignung aller Produktionseinrichtungen und Verkaufszentren, die vom vorherigen Regime zurückgeholt wurden, an das Finanzministerium. Die von diesen Einrichtungen erzielten Cashflows werden an Einrichtungen des Finanzministeriums übertragen.

43

### **Im Bereich der Anziehung von Ersparnissen von Sudanese:innen im Ausland und sudanesischen Einwanderern:**

1. Einbeziehung der Sudanese:innen im Ausland in den Dialog über die Rationalisierung der



Wirtschaftspolitik in Bezug auf ihre Ersparnisse und Investitionen sowie in alle Fragen, die die nationale Wirtschaft betreffen.

2. Verabschiedung einer Politik, die die Ersparnisse von Sudanesis:innen im Ausland anzieht und sie ermutigt, Fremdwährungskonten bei sudanesischen Banken zu eröffnen. Einrichtung einer Bank, um ihre Ersparnisse anzuziehen, sie zu ihrem Vorteil zu investieren, ihre Projekte zu finanzieren und ausgezeichnete Bankdienstleistungen anzubieten.

### **Im Bereich der Produktionsförderung, der Produktivität und der Produktion für den Export:**

1. Reform der Infrastruktur des Verkehrs- und Kommunikationssektors: Eisenbahnen, Flüsse, Luftverkehr, Straßen und Brücken sowie Kommunikation.
2. Reform der Investitionsgesetze und Priorisierung der Investitionen in Übereinstimmung mit den Entwicklungsplänen. Begrenzung ausländischer Investitionen in bestimmten Bereichen, um der nationalen Wirtschaft in Übereinstimmung mit den genehmigten Entwicklungsplänen zu dienen.
3. Starke Unterstützung des Agrarsektors, indem Bestimmungen für die Bewässerungs- und Regenfeldbau-Saison getroffen werden und die Banken verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres Finanzierungsvolumens für die Landwirtschaft anzulegen und die Bemühungen der Landwirtschaftsbank hinsichtlich der Erforschung von Problemen nationaler landwirtschaftlicher Projekte (Gezira- Al Rahad- Al Suki-Khasm al-Ghirba ( New Halfa)- Tokar- Al-Gash- Nuba Mountains) zu erforschen und an der Lösung dieser Probleme zu arbeiten sowie den Agrarsektor in allen Staaten zu unterstützen.
4. Aufbau von Kapazitäten zur Entwicklung des Gummi-Arabien-Gürtels, unter Beachtung des Gartenbaus und dessen Förderung sowohl für den Inlandsverbrauch als auch für den Export.
5. Lösung der Probleme der Viehzucht in den Produktionsgebieten und Verbesserung der Infrastruktur für den Export.
6. Unterstützung der industriellen Produktion; Lösung der Probleme der stillgelegten Fabriken; Erleichterung des Zugangs der Fabriken zu den neuesten Technologien, um die Produktion und die Produktivität zu steigern, und Förderung kleiner und mittlerer Industrien sowie von Industrien, die Ersatzprodukte für importierte Waren herstellen. Ausweitung der tierischen und pflanzlichen landwirtschaftlichen Produktion zum Zwecke des lokalen Verbrauchs und des Exports.
7. Die Planung der Produktion für den Export und die finanzielle und technische Unterstützung des Exports von Kulturpflanzen.

### **Im Bereich der Schmuggelbekämpfung, der Erzielung von Exporterlösen und der Einrichtung von Börsenplätzen:**

1. Einrichtung von Börsenplattformen für wertvolle sudanesishe Produkte wie Gold und landwirtschaftliche Erzeugnisse mit schrittweiser Einführung von mehr Exporten in die Börse, um Deviseneinnahmen zu gewährleisten.
2. Die Regierung kontrolliert die Produktion von Gold, indem sie es aufkauft, exportiert und einen Teil der Produktion als Reserven behält, um die Finanzierung und Entwicklung des Bergbaus in allen Mineralien zu gewährleisten, und zwar in einer Weise, die die Souveränität des Volkes und seine optimale Nutzung seines Reichtums bestätigt.

3. Ergreifung der erforderlichen Rechts-, Regulierungs- und Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels von Gold, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen in allen Häfen.
4. Verabschiedung eines Gesetzes zur Regulierung des Flusses von Exporterlösen über offizielle Kanäle, Erhöhung der Devisenreserven.

### **Im Bereich der Steigerung der Exporte, der Reduzierung der Importe und der Behandlung des Wechselkurses:**

1. Erlass der erforderlichen Rechtsvorschriften und Anreize zur Steigerung der Ausfuhren bei gleichzeitiger Kontrolle der Ausfuhren und Einfuhren und der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Treibstoff, Weizen, Gas usw. durch Verträge, die direkt zwischen dem Finanzministerium und den Hauptlieferanten geschlossen werden, wobei die Zwischenhändler und Makler abgeschafft werden.
2. Wiederherstellung der Institutionen und öffentlichen Aktiengesellschaften, die im Bereich des Exports von Feldfrüchten und Vorzeigeprodukten tätig sind, mit all ihren Privilegien.
3. Beschränkung der Einfuhren auf Produktionsmittel und Investitionsgüter und Verbot unnötiger Güter auf der Grundlage einer sorgfältig aufgeschlüsselten Liste.
4. Stärkung des Wechselkurses der Landeswährung durch Erzielung eines Überschusses an Fremdwährungen und nicht durch eine Freigabe des Wechselkurses oder den Versuch, mit dem Parallel-/Schwarzmarkt Schritt zu halten.
5. Steigerung der Exporte durch Generalkonzessionsgesellschaften und Kontrolle der Exporterlöse durch Börsen und Begleitgesetze.
6. Verbot von Vermittlungsgeschäften durch Import- und Exportfirmen für Grundbedarfsgüter und deren Ersetzung durch öffentliche Aktiengesellschaften.
7. Ermutigung der im Ausland lebenden Menschen, ihre Ersparnisse ins Land zu holen.
8. Erlass und Umsetzung der erforderlichen Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des illegalen Devisenhandels auf dem Schwarzmarkt.
9. Das Finanzministerium hat die volle Zuständigkeit für die Deviseneinnahmen der sudanesischen Behörden (Luftfahrtbehörde - zivile Seehäfen - Einnahmen der Behörde aus dem Erdöltransit des Südens - Einnahmen aus Auslandsüberweisungen - Einnahmen aus den Ausfuhren der Military Industry Corporation).
10. Beeinflussung der Devisennachfrage durch Senkung der Importrechnungen und Verbot und Reduzierung der Importrechnungen für bestimmte Waren.

### **Im Bereich der Lebensbedingungen der Bevölkerung:**

1. Keine Erhöhung der Preise für Treibstoff, Gas, Brot und Elektrizität, egal unter welcher Bezeichnung, und schrittweise Senkung ihrer Kosten, Wiederherstellung der Politik der Subventionierung von Gütern der Grundversorgung anstelle von Subventionen in Form von direkten Barzahlungen.
2. Einführung einer Politik im pharmazeutischen Sektor, die darauf beruht, dass ein bestimmter Prozentsatz der Exporterlöse für Arzneimittel verwendet wird und die nationale Pharmaindustrie subventioniert wird.
3. Unterstützung der Pläne der Industrie- und Handelsministerien zur Gründung von Produktions- und Konsumgenossenschaften, die zur Preiskontrolle beitragen, und Wiedereinführung des Gesetzes über die Warenkontrolle für diese Waren.

4. Bewältigung der Verkehrskrise und der Verkehrsstaus in den Städten und im zwischenstaatlichen Verkehr durch die Einfuhr einer ausreichenden Zahl von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs, die Festlegung des Verkehrstarifs und die genaue Kontrolle seiner Anwendung sowie die elektronische Anpassung der Kraftstoffverteilung
5. Verbesserung und Ausbau der Wasser- und Stromversorgung, der Hygiene- und Gesundheitsversorgung sowie der Umweltprojekte in der Hauptstadt, den Bundesstaaten und den Produktionsgebieten.
6. Unterstützung und Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen für die Jugend und Einführung von Ausbildungs- und Rehabilitationsprogrammen in verschiedenen Bereichen und Spezialisierungen; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche, Frauen und Rentner; Einführung eines Arbeitslosenversicherungssystems und dessen Anwendung in allen Staaten

46

## **Anhang (2)**

### **Revolutionäre Entschlüsse:**

1. Abschaffung der politischen Ermächtigung im öffentlichen Dienst; Entlassung aller NCP-Mitglieder, die unter Verstoß gegen das Gesetz über den öffentlichen Dienst ernannt und befördert wurden; strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die an diesem Verstoß beteiligt waren; Verhängung von Geldstrafen gegen die korrupten Beamten für die von ihnen veruntreuten Gelder und Anklagen vor dem Anti-Korruptionsgericht.
2. Überprüfung aller Personalakten (*Vetting*) innerhalb eines Monats, vollständige Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst und der entsprechenden Vorschriften. Alle neuen Ernennungen zur Besetzung freier Stellen in den Ministerien, ihren Abteilungen und Agenturen erfolgen über den Nationalen Einstellungsausschuss für den öffentlichen Dienst.
3. Es dürfen keine Ausgaben getätigt werden, die nicht durch eine elektronische Quittung belegt sind.
4. Unterstellung aller staatlichen Unternehmen sowie der Unternehmen im Besitz von Militär, Geheimdienst und Polizei unter die Zuständigkeit des Finanzministeriums.
5. Verknüpfung aller Beschaffungs- und Vertragsabteilungen durch ein zentrales elektronisches System.
6. Entwicklung eines echten Haushalts, in dem die Ausgaben auf Programmen und nicht auf Posten basieren.
7. Zuteilung und Auszahlung von Mitteln für Bildung in Übereinstimmung mit diesem Wirtschaftsprogramm.
8. Verhinderung der Finanzierung des Dienstleistungssektors durch die Finanzinstitute und Weiterleitung der Mittel an den Produktions- und Industriesektor.
9. Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung, um Geld-, Haft- und Todesstrafen einzuführen.
10. Verabschiedung eines Programms für die medizinische Grundversorgung auf Bundesebene.
11. Wiederherstellung der administrativen und operativen Verantwortung des Gesundheitsministeriums für die Krankenversicherung als einziger Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen.
12. Kostenlose Gesundheitsversorgung für Kinder und ältere Menschen sowie

- Schwangeren- und Wöchnerinnenbetreuung auf primärer und sekundärer Ebene.
13. Verbot der Zulassung privater Kliniken, medizinischer Zentren und Krankenhäuser, die dem Personal des staatlichen Gesundheitssektors gehören und umgekehrt.
  14. Senkung der Gebühren für die Leistungen privater Krankenhäuser und Ausarbeitung eines Gesetzes zur Preisgestaltung für diese Leistungen.
  15. Erhöhung der Anzahl und Menge der vom Nationalen Medizinischen Versorgungsfonds (NMSF) gelieferten medizinischen Artikel, indem diese in die Herstellungs- oder Importprozesse des öffentlichen Sektors einbezogen und einer strengen Kontrolle unterworfen werden.
  16. Verbot von Investitionen staatlicher Einrichtungen im Gesundheitssektor.
  17. Verbot der Ausfuhr von Nutztieren
  18. Schaffung einer staatlichen Plattform für die nationale Rohstoffbörse zum Schutz von Kleinerzeugern und Landwirten.
  19. Wiederherstellung öffentlicher Handelsunternehmen, einschließlich der Sudan Oil Seeds Company Ltd., der Sudan Grains Company Ltd., der Sudan Cotton Company Ltd.
  20. Einrichtung einer nationalen Warenbörse für Getreide, Gemüse, Obst, Ölsaaten und Gummi Arabicum.

47

21. Wiederherstellung der Mittel für die Gesellschaft für landwirtschaftliche Forschung und sofortige Reform ihres Gesetzes, um die Entwicklung und den Schutz der Produktion zu fördern.
22. Beendigung der Entwaldung.
23. Anweisung an die Landwirtschaftsbank, die Landwirte durch Terminkäufe ihrer Ernten zu finanzieren, auf der Grundlage der Preise der nationalen Warenbörse.
24. Verbot der Einfuhr von Luxusgütern und Gütern, die vor Ort hergestellt werden können, wie Kosmetika, Schuhe, Kleidung, Süßigkeiten, Spielzeug usw.
25. Verpflichtung der Exportunternehmen zur vollständigen Rückführung der Exporterlöse in harter Währung an die sudanesischen Zentralbank (SCB).
26. Reform des sudanesischen Wettbewerbs- und Kartellgesetzes und Einführung eines obligatorischen Preisschildes auf den Produkten.
27. Wiederherstellung und Reform der Produktions- und Verbrauchergenossenschaften.
28. Reform der Kontrolle über strategische und Konsumgüter.
29. Verbot der Einfuhr von Ausrüstungen, Werkzeugen und Fahrzeugen, die vor Ort hergestellt werden können.
30. Anweisung an die Bank für industrielle Entwicklung, kleine und mittlere Unternehmen sowie die Schwerindustrie zu einem niedrigen Zinssatz zu finanzieren.
31. Senkung des Strompreises für den Industriesektor.
32. Einrichtung von Industriestädten.
33. Senkung des Wertes der Industriesteuer.
34. Rückgewinnung von sudanesischen Vermögenswerten im Ausland.
35. Gerechte Verteilung von Stipendien, Ausbildungs- und Kulturangeboten auf die sudanesischen Regionen.
36. Einrichtung von Sondergerichten für die Verbrechen des Ingaz-Regimes, einschließlich der Auflösung des Sitzstreiks am 3. Juni 2019, des Militärputsches vom 25. Oktober 2021 und aller nach dem Putsch begangenen Verbrechen und Verstöße.
37. Verbot der Einberufung von Personen, die keinen Sekundarschul- oder

Hochschulabschluss haben.

38. Verbot der Barzahlung von Regierungsgebühren und Verknüpfung aller Dienstleistungen mit einem elektronischen System.

39. Verbot der Führung von Rücklagen und Konten (tajneeb) durch staatliche Stellen und Erlass eines Gesetzes, das für solche Straftaten Strafen bis hin zu Gefängnis und Todesstrafe vorsieht. Alle Unternehmen der Polizei sowie direkte und indirekte kommerzielle Investitionen sind dem Finanzministerium zu übertragen.

40. Beendigung des Verkaufs von Wohngrundstücken auf kommerzieller Basis.

41. Wiederherstellung von Wohnungsbauprogrammen.

42. Ungültigmachung aller Entscheidungen über den Kauf, den Verkauf und das Eigentum an öffentlichen Plätzen und Parks sowie an Regierungsgebäuden.

43. Instandhaltung aller nationalen Autobahnen und Anliegerstraßen.

44. Wiederherstellung der Sudan Telecommunications Co. Ltd.

45. Wiederherstellung der National Bridges and Roads Co.

46. Wiederaufbau und Instandhaltung aller Eisenbahnen und ihrer Wartungswerkstätten.

47. Wiederherstellung der Nationalen Post- und Telegrafengesellschaft.

48. Wiederherstellung der Local and National Transport Co.

48

49. Wiederherstellung der Sudan Irrigation and Water Resources Co.

50. Verbot von Investitionen in das tertiäre und öffentliche Bildungswesen.

51. Wiederherstellung von Unterkünften für Studierende (Wohnheime) und Auflösung des National Fund for Student Welfare.

52. Unverzögliche Sanierung des Universitätsumfelds.

53. Überprüfung aller Dissertationen und Abschlüsse.

54. Verbot jeglicher Art von Investitionen außerhalb der Zuständigkeit des Finanzministeriums.

55. Überprüfung der Lehrpläne und Beendigung des Unterrichts in den so genannten "Universitätsanforderungen" (arabische Sprache und islamische Studien).

56. Gewährleistung der uneingeschränkten Freiheit der Forschung und Einführung einer kostenlosen Grundschul- und Mittelschulbildung.

57. Einberufung einer Bildungskonferenz zur Verabschiedung eines nationalen Lehrplans und zur Erörterung von Bildungs- und Lehrerfragen innerhalb von drei Monaten nach Ernennung der Regierung.

58. Khlwa (Koranschulen) werden dem Bildungsministerium angegliedert und ihre Leistung wird hinsichtlich der Lehrpläne, der Qualifikation der Lehrer, des Umfelds und der Lizenzvergabe überprüft.

59. Einrichtung einer Bildungsverwaltung für Nomaden mit der Aufgabe, innerhalb von drei Monaten Pläne und Programme zu entwickeln.

60. Verbot gewinnorientierter Investitionen in das öffentliche Bildungswesen, schrittweise Schließung von Privatschulen, Überprüfung aller Investitionen in Schulen innerhalb von drei Monaten und Erlass von Gesetzen, die eine Untergrabung des schulischen Umfelds verbieten.

61. Wiederherstellung aller nationalen Sekundarschulen.

62. Rückgabe aller Schulwohnheime an das Bildungsministerium und Bereitstellung von Schulspeisungen.

63. Kostenlose Bereitstellung von Schulbüchern für alle Schüler.

- 64. Wiederherstellung von Schulbibliotheken und wissenschaftlichen Labors.
- 65. Verbot des handwerklichen Bergbaus und Behandlung aller Mineral- und Ölvorkommen als nationale Ressourcen, die dem Staat gehören.
- 66. Einführung von Unternehmen für alternative und erneuerbare Energien.
- 67. Überprüfung aller Verträge über Ölförderung, -export und -transport innerhalb von drei Monaten.
- 68. Wiederherstellung der Subventionen für Kraftstoffe, Gas und Strom.
- 69. Wiederherstellung der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft.
- 70. Verbot jeglicher Investitionen in den Bereichen Energie und Bergbau, die nicht der Aufsicht des Finanzministeriums unterliegen.
- 71. Erhöhung der Staudämme Gebel Awliya und Ar-Rusayris.
- 72. Die Massenmedien müssen nationale Einrichtungen sein, die die kulturelle Vielfalt widerspiegeln.
- 73. Einführung von Bildungsfernsehanälen zur Verbreitung von Wissen.
- 74. Wiederherstellung, Entwicklung und Unterstützung von Kinos, Theatern und öffentlichen Bibliotheken.
- 75. Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes auf alle Sudanesen.
- 76. Beendigung der Vorgaben für die Freitagspredigten an die Imame durch die Behörden und Verbot des Missbrauchs der Ernennung von Imamen aus politischen Gründen.
- 77. Verbot und strafrechtliche Verfolgung von Kinder- und Zwangsheiraten.
- 78. Unterstellung aller sozialen Unterstützungsfonds und ihrer Investitionen unter das Finanzministerium.

49

- 79. Erlass eines Gesetzes über die lokale Verwaltung, das vom Nationalen Übergangsgesetzgebungsrat (NTLC) gebilligt werden muss.
- 80. Erlass eines Gesetzes über die Beamten der Kommunalverwaltung (Verwaltungsbeamte), das vom NTLC gebilligt werden muss.
- 81. Erlass eines Beschlusses, der sicherstellt, dass das Eigentum an den lokalen Ressourcen und deren Verwaltung wieder in die Hände der Gemeinden selbst gelegt wird.
- 82. Die Generalsekretäre der Regierungen der Bundesstaaten werden gemäß dem Gesetz über die Kommunalverwaltung ernannt.
- 83. Umsetzung des Waldgesetzes.

50

## **Anhang (3)**

### **Begriffsbestimmungen**

1. **Strukturelle Hemmnisse:** Die Hindernisse, die sich aus der Natur des Systems ergeben, das den Sudan seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1956 regiert hat. Dazu gehören die wirtschaftliche Abhängigkeit des Staates, die aus der Aufteilung der ehemaligen Kolonialgebiete resultiert, der öffentliche Dienst sowie die Militär- und Staatspolitik, die den Rassismus und die ungleiche Verteilung der Einnahmen aus den Ressourcen.
2. **Das Entwicklungsprojekt:** Das in dieser Charta vorgesehene Projekt, das auf die Verwirklichung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung abzielt, die die Rechte der heutigen und der künftigen Generationen garantiert.

3. **Die Nationale Islamische Front (NIF):** Die von Hassan Al Turabi Anfang der 60er Jahre gegründete Organisation, die sich später in mehrere politische Organisationen, darunter die NCP, die PCP und die Al-Islah-Bewegung, aufgespalten hat.
4. **Die Internationale Ordnung:** Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Weltordnung, die die Ausbeutung der Ressourcen verarmter Nationen zum Nutzen der Großmächte und transnationalen Konzerne (TNCs) aufrechterhält.
5. **Rentierwirtschaft:** Ein Wirtschaftssystem, das auf den Verkauf von Rohstoffen und Ressourcen angewiesen ist, anstatt ihnen einen Mehrwert zu verleihen, um mehr Einnahmen zum Nutzen der Bevölkerung zu erzielen.
6. **Radikaler Wandel:** Ein Konzept, das den Aufruf echter revolutionärer Kräfte zur Umsetzung der Slogans und Ziele der Dezemberrevolution wiedergibt, einschließlich der vollständigen Abschaffung und Entwurzelung des alten Regimes, das von den Kolonialmächten und ihren Gefolgsleuten böswillig eingeführt wurde, mit dem Ziel, ein neues Regierungssystem zu errichten, das die sudanesischen Interessen in den Vordergrund stellt, unabhängig von den Interessen der internationalen Mächte und Institutionen.
7. **Gegenrevolutionäre Kräfte:** Die Kräfte, die die Umsetzung der Ziele der Revolution verhindern und das bestehende Regime mit nur kosmetischen Änderungen aufrechterhalten wollen.
8. **Suprakonstitutionelle Prinzipien:** Eine Reihe von Regeln und Bestimmungen, die weit über die Verfassungsbestimmungen hinausgehen. Daher gelten diese Grundsätze als absolut, unabänderlich und gegen Aufhebung oder Aussetzung gut geschützt. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen dürfen nicht im Widerspruch zu den überkonstitutionellen Grundsätzen stehen, und das Verfassungsgericht ist verpflichtet, diese Grundsätze zu beachten und umzusetzen.
9. **Öffentliche Freiheiten:** Dazu gehören das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Nichteinmischung in die Privatsphäre einer Person und die Rechte auf Gedanken-, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie auf die Verbreitung von Informationen.
10. **Grundlegende Rechte:** Die Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) enthalten sind.
11. **Revolutionäre Kräfte:** Die Kräfte, die mit dem Ziel übereinstimmen, einen radikalen Wandel herbeizuführen, der zur Abschaffung des alten Regimes und zur Errichtung eines neuen führt, das die Ziele der Revolution - Freiheit, umfassender Frieden und soziale Gerechtigkeit - verwirklicht.
12. **Volksmacht:** Die vom sudanesischen Volk eingesetzte Regierung, wobei das Volk das Recht hat, diese nach einem klar festgelegten Mechanismus zu ersetzen und zur Rechenschaft zu ziehen.
13. **Der Khartoum-Prozess:** Der von der EU im Jahr 2014 angekündigte Prozess, der die Bereitstellung von Finanzmitteln und Schulungsmaßnahmen für die Rapid Support Forces (RSFs) zur Bekämpfung der illegalen Migration nach Europa ermöglicht.
14. **Die koloniale patriarchalische Struktur:** Ein soziologisches Konzept, das sich nicht nur auf die Hegemonie der Männer über die Frauen beschränkt, sondern auch eine Reihe von Werten und Wahrnehmungen gegenüber dem Anderen und der ganzen Welt bezeichnet, die sich auf den natürlichen männlichen Elternteil konzentrieren, sei es im Haushalt oder in einem breiteren sozialen Kontext.

**Gepriesen seien die Märtyrer der Revolution...**

Diese Übersetzung ist Hassan Numan gewidmet.